



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN
Vienna University of Technology

DIPLOMARBEIT

Partizipative Demokratie und Bürgerbeteiligung

Neue Wege in der Stadtverwaltung am Beispiel Diyarbakir/Amed

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades

eines Diplom-Ingenieurs / Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung

Univ. Prof. Dr. Jens S. Dangschat

E 280/6

ISRA Fachbereich Soziologie

eingereicht an der Technischen Universität Wien

Fakultät für Architektur und Raumplanung

von

Mehmet Sahin Okay

Matrikelnummer: 9526679

Wien, am 28.10.2015

Abstract

Die Beteiligung von BürgerInnen an Entscheidungsprozessen gewinnt in unserer Gesellschaft zusehends an Bedeutung. Angesichts neuer Herausforderungen in einer immer komplizierter werdenden Gesellschaft (Globalisierung, sozialer Wandel, Technisierung usw.) stellt Partizipation eine Möglichkeit dar, um mit diesen Herausforderungen umzugehen. Mehr noch als in westlichen Ländern bedarf es in Ländern wie der Türkei, die unter dem Deckmantel „Demokratie“ herrschen solcher Konzepte. Forschungen in diesen Ländern können Defizite und Mängel aufdecken und einen Beitrag zur Verbesserung der Teilhabe an Entscheidungsprozessen bewirken. Im ersten, theoretischen Teil meiner Arbeit gehe ich vorerst auf die Grundlagen, Voraussetzungen und Rahmenbedingungen von Partizipationsprozessen ein. Im zweiten, praktischen Teil meiner Arbeit geht es um konkrete Umsetzungsmaßnahmen am Beispiel der Stadt Diyarbakir in der Türkei.

In our society, involvement of citizens is appreciably gaining in importance. With regard to new demands in a society that is constantly becoming more complicated (globalization, social transformation, mechanization, etc.) participation offers a way to cope with these challenges. Even more than in the west, countries like Turkey, which are being reigned under the cloak of “democracy”, are in need of such concepts. Research in these countries may uncover deficits and shortfall and therefore contribute to an improvement of taking part in decision-making. In the first, theoretical part of my thesis, I focus on fundamentals, requirements and underlying conditions of the process of participation. The second, practical part shows concrete examples of application in the city of Diyarbakir in Turkey.

Abkürzungsverzeichnis

- AKP – Adalet ve Kalkinma Partisi – (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)
- BDP – Baris ve Demokrasi Partisi – (Frieden und Demokratie-Partei)
- BIP – Bruttoinlandsprodukt
- DEP – Demokrasi Partisi – (Demokratie-Partei)
- DISIAD – Diyarbakir Sanayici ve Isadamlari Dernegi – (Verein Industrieller und Geschäftsleute aus Diyarbakir)
- DPT – Devlet Planlama Teskilati – (Staatliche Planungsbüro)
- DYG21 – Diyarbakir Yerel Gündem 21 – (Lokale Agenda 21 Diyarbakir)
- EU – Europäische Union
- EUREK – Europäisches Raumentwicklungskonzept
- GUNSIAD – Güneydogu Sanayici ve Isadamlari Dernegi – (Verein Industrieller und Geschäftsleute aus Region Südost)
- HADEP – Halkin Demokrasi Partisi – (Demokratie Partei des Volkes)
- HEP – Halkin Emek Partisi – Arbeit Partei des Volkes
- LA21 – Lokalen Agenda Prozesses 21
- NGO - Non Governmental Organisation
- OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development
- ÖZDEP – Özgürlük ve Demokrasi Partisi – (Freiheit und Demokratie Partei)
- PKK – Partiya Karkeren Kurdistan – (Arbeiterpartei Kurdistans)
- PYD – Partiya Yekitiya Demokrat – (Partei der Demokratischen Union)
- UN - United Nations
- UNEP – United Nations Environment Programme
- UNO – United Nations Organization
- TNU – Transnationale Unternehmen
- TÜİK – Türk İstatistik Kurumu – (Türkisches Statistikamt)

Inhaltverzeichnis

Abstract	2
Abkürzungsverzeichnis	3
Einleitung	9
Theoretischer Teil	11
Praktischer Teil – Untersuchungsteil	11
1. Globalisierung und ihre Auswirkung auf Städte	13
1.1 Definition der Globalisierung und ihre Entstehungsdynamiken	13
1.2 Durch Globalisierung entstandene städtische Probleme	16
1.2.1 Armut und soziale Polarisierung	19
1.2.2 Umweltkrise	25
1.2.2.1 Bevölkerung	27
1.2.2.2 Klimawandel	27
1.2.2.3 Energie	28
1.2.2.4 Ressourceneffizienz	28
1.2.2.5 Wälder	28
1.2.2.6 Nachhaltigkeit bei der Landnutzung	29
1.2.2.7 Trinkwasser	29
1.2.2.8 Einige Beispiele	29
1.2.3 Kulturelle Entfremdung - Verlust der städtischen Identität	30
1.2.3.1 Globalisierung schafft Unsicherheit	31

1.2.4	Neue Stadtagenda	31
2.	Globalisierung und „New Public Management“	34
2.1	Die Rolle des Nationalstaates	34
3.	Partizipation: Definition und theoretische Annäherung	35
3.1	Partizipation und Demokratie	38
3.2	Partizipative Kommunalverwaltung und LA 21	39
4.	Neue Wege in der Stadtverwaltung am Beispiel	40
	Diyarbakir/Amed	40
4.1	Das Untersuchungsgebiet	40
4.1.1	Das administrative System der Türkei	40
4.2	Geschichte der Stadt Diyarbakir	42
4.2.1	Historische Entwicklung	42
4.2.2	Politische Geschichte der Stadt Diyarbakir	43
4.2.3	Historische Wurzeln des Kurdenkonflikts	44
4.3	Aktuelle politische Situation in den kurdischen Gebieten und Diyarbakir	45
4.3.1	Friedliche Konfliktlösung noch nicht in Sicht	46
4.4	Die Stadt Diyarbakir – Demographie, Wirtschaft und soziale Lage!	47
4.4.1	Demographie	47
4.4.2	Wirtschaft	48
4.4.3	Die institutionelle und Verwaltungsstruktur der Stadt	51
4.4.4	Lokale Agenda 21 Diyarbakir	51
5.	Praktischer Teil – Untersuchungsteil	52
5.1	Ziele, Umfang und Methodik der Untersuchung	52

5.1.1	<i>Erste Phase:</i> Anhand von Fragebögen und Interviews mit AkteurInnen → öffentlichen Institutionen, NGO's und Privatsektor - SWOT-Analyse	53
5.1.1.1	SWOT – Analyse	54
5.1.1.2	Vorschläge	55
5.1.2	<i>Zweite Phase:</i> Teilnahme an Sitzungen der Lokalen Agenda 21	56
5.1.3	<i>Dritte Phase:</i> Bevölkerungsbefragung	57
5.2	Ergebnisse der Befragung der organisierten Gruppen	57
5.2.1	Analyse der ökonomischen/ sozialen/ politischen/ administrativen/ kulturellen Strukturen der Stadt	58
5.2.1.1	SWOT-Analyse für ökonomische Struktur	58
5.2.1.2	SWOT-Analyse für soziale Struktur	61
5.2.1.3	SWOT-Analyse für politische Struktur	63
5.2.1.4	SWOT-Analyse für administrative Struktur	66
5.2.1.5	SWOT-Analyse für kulturelle Struktur	69
5.2.2	Allgemeine SWOT-Analyse für Diyarbakir	71
5.2.3	Vorschläge der Akteure um Beteiligung zu steigern	76
5.3	<i>Zweite Phase:</i> Teilnahme an Sitzungen der Lokalen Agenda 21	80
5.3.1	Situation der LA21 (DYG21)	81
5.4	PassantInnenbefragung	83
5.4.1	Sozialstrukturdaten	83
5.4.2	Sozialraumdaten	84
5.4.3	Organisiertheit	85
5.4.4	Beteiligung an der Kommunalpolitik	86
5.4.5	Zusammenfassung der Befragung	87

6.	Zusammenfassung und Schlussfolgerung	89
7.	Literaturverzeichnis	93
8.	Abbildungsverzeichniss	98
9.	Tabellenverzeichnis	99
Anhang I		
	Fragebogen Bevölkerungsbefragung	100
Anhang II		
	InterviewpartnerInnen Organisierte Gruppen	105

Einleitung

Diyarbakir ist mit 1,5 mio. EinwohnerInnen eine der größten Metropolen der Türkei. Mit ihrer Geschichte und der geographischen Lage hat die Stadt eine spezielle Bedeutung in der Türkei und im Nahen Osten. Diyarbakir war 400 Jahre lang Hauptstadt der Region Kurdistans. Im Nationalstaat Türkei, der nach der osmanischen Niederlage im 1. Weltkrieg entstand, hat sich die Rolle Diyarbakirs bedeutsam gewandelt. Der Armenische Genozid, die Vertreibung der Christen bzw. Nicht-Moslems hat die Stadt sowohl kulturell als auch wirtschaftlich getroffen. Heute ist die Stadt – gerechnet nach dem Brutto-Einkommen – unter den letzten 10 von 82 Städten in der Türkei. Nachdem Christen keine Bedrohung mehr waren, hat der türkische Nationalstaat im 20. Jahrhundert begonnen das kurdische Volk anzugreifen bzw. seine Existenz (Bergtürken) zu leugnen.

Es herrscht seit mehr als 30 Jahren eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den türkischen Sicherheitskräften und der kurdischen linksorientierten Guerillabewegung PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Dieser Kampf hat auch einen enormen Einfluss auf die Stadt. Vor allem in den 90er Jahren wurden fast alle Dörfer des kurdischen Gebietes (über 3000) entvölkert; die EinwohnerInnenzahl der Stadt hat sich seither verdreifacht. Seitdem kämpft die Gemeinde Diyarbakir mit den daraus entstandenen Herausforderungen. Seit 4 Wahlperioden regiert in den Kommunen die prokurdische Partei BDP (Frieden und Demokratie-Partei). Sie wurde immer wieder durch den türkischen Verfassungsgerichtshof verboten, hat sich aber unter neuen Namen und FunktionärInnen immer wieder neu gegründet – HEP, DEP, ÖZDEP, HADEP und BDP. In ihren politischen Forderungen will sie in erster Linie die Verwirklichung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung (1988). Um den Konflikt auf friedlichem Weg zu lösen, setzt sich die Stadtverwaltung für eine demokratische Autonomie ein. Das im Rahmen

des Lokalen Agenda Prozesses 21 (seit April 2003) entstandene Kinder-, Jugend-, Frauenparlament und etliche NGO's sind in politischen Geschehnissen entscheidend geworden. Daher widmet sich die Kommunale Politik den Themen: Beteiligung/Partizipation, Agenda 21 und New Public Management.

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wird die „partizipative Kommunalverwaltung“ am Beispiel von Diyarbakir (Osttürkei/Nordkurdistan) analysiert.

Es wurden folgende Fragestellungen näher untersucht:

1. der Beteiligungsgrad der NGO's, Privatunternehmen und der BürgerInnen an der Kommunalpolitik
2. Welche Vorschläge von Seiten der Politik und anderer AkteurInnen gibt es, um die Beteiligung der Kommunalpolitik zu steigern
3. Gibt es Modelle, die geeignet sind, um die Beteiligung der BürgerInnen von Diyarbakir an politischen Entscheidungen, deren Umsetzungen und ihre Evaluierung zu steigern
4. Wird von Seiten der organisierten Gruppen in Diyarbakir eine Beteiligung der BürgerInnen ermöglicht
5. Welche Faktoren (sozioökonomischer Status der BürgerInnen, ihre Wohn- und Lebensräume, Organisiertheit etc.) spielen am Grad der Beteiligung eine Rolle.
6. Um das Thema theoretisch zu untermauern wurde auf die Globalisierungs-Diskussion eingegangen, ihre Auswirkungen behandelt und alternative Konzepte zur Problemlösung untersucht.

Die Untersuchungsgebiete dieser Arbeit sind Gemeinden, die die Stadt Diyarbakir bilden, Sur, Yenisehir, Baglar und Kayapinar.

Theoretischer Teil

Methode: Literaturrecherche

- Globalisierung, ihre Wirkung auf die Städte
- Mit der Globalisierung entwickelte neue Stadtverwaltungs-, Kommunalpolitikssysteme
- Anhand dieses neuen Systems Zukunft der Nationalstaaten
- Die Metropolstädte als neue globale Akteure
- Dezentralisierung
- Partizipative Kommunalpolitik
- Lokale Agenda 21 - Modell

Praktischer Teil – Untersuchungsteil

Methode: Quantitative und qualitative Untersuchungstechniken, beobachtende Teilnahme an AkteurInnen-Versammlungen und Interviews mittels Fragebögen.

Erste Phase: Fragebögen und Interviews mit AkteurInnen, öffentlichen Institutionen, NGO's und Privatsektor sowie BürgerInnen - SWOT-Analyse

Zweite Phase: Teilnahme an der Lokalen Agenda 21 – Arbeitsgruppensitzungen in Diyarbakir

Dritte Phase: Bevölkerungsbefragung

Problem:

Mangelhafte oder keine Beteiligung an Kommunalpolitik

Literaturrecherche

Um das Problem zu verstehen

Ziele:

- Beteiligungsgrad der AkteurInnen an der Kommunalpolitik
- Vorschläge der AkteurInnen um Beteiligung zu steigern
- Modelle

Akteure:

- BürgerInnen
- GrätzelvertreterInnen (Muhtar)
- NGO's

Partizipationsbereiche:

- Gemeinden
- Stadtgovernment (Provinzverwaltung)
- Grätzelvertretung

Forschungsmethode:

- Experteninterviews
- Teilnahme an der Sitzungen der LA 21
- PassantInnenbefragung

Forschungsrahmen:

- Stadtzentrum Diyarbakir (42 Grätzel, die die Stadt Diyarbakir bilden)
- Öffentliche Institutionen
- Privatsektor
- NGO's
- Lokale Agenda 21

Forschungsfragen/Hypothesen:

- Ermöglichen Modelle, die auf organisierte Gruppen basieren, die Beteiligung?
- Welche Faktoren (sozioökonomischer Status der BürgerInnen, ihre Wohn- und Lebensräume, Organisiertheit etc.) spielen am Grad der Beteiligung eine Rolle
- Welche Faktoren (sozioökonomischer Status der BürgerInnen, ihre Wohn- und Lebensräume, Organisiertheit etc.) spielen an der Wahrnehmung der Beteiligung eine Rolle

Bewertung der Forschungsfragen und Interviews
Testen der Hypothesen

1. Globalisierung und ihre Auswirkung auf Städte

1.1 Definition der Globalisierung und ihre Entstehungsdynamiken

Am Beginn der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts zeichneten sich große Veränderungen sowohl in Industrieländern als auch in sogenannten Entwicklungsländern ab. Dieser Zeitraum ist geprägt von Übergängen, wie etwa von der fordistischen zur post-fordistischen Produktion, von einem auf dem Nationalstaat basierenden politischen System, zu einem globalen System, von Modernismus zu Post-Modernismus, von Government zu Governance etc... Diese Entwicklungen sind als die sogenannte „neue Weltordnung“ konzeptualisiert.¹

Es gibt unterschiedliche Definitionen des Begriffs „Globalisierung“, die manchmal widersprüchlich sind und sich manchmal ergänzen. Mit der Globalisierung ist in ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Bereichen eine schnelle Integration und eine Angleichung festzustellen.²

Für Esgin (2001) wird die Erde durch die Globalisierung als „ein einziger Ort“ wahrgenommen. Aus der Sicht derer, die den Prozess der Globalisierung unter dem kulturellen Aspekt betrachten, entsteht eine globale Kultur und gleichzeitig eine kulturelle Lokalisierung, die simultan und sich gegenseitig ergänzend wirkt. Daher ist die Globalisierung eine „Internationalisierung des Kapitals, des Managements, der Beschäftigung, des Wissens und auch der natürlichen Ressourcen. Daraus resultiert eine ökonomische, politische Struktur der gegenseitigen Abhängigkeit. Das Lokale wird international, das Internationale wird lokal.“³

¹ Vgl. Devlet Planlama Teskilati (DPT) 2000c, s. 10-11

² Vgl. Köse 2003

³ Vgl. Köse 2003

Felsenstein, Schamp und Schachar heben zwei Aspekte der Globalisierung hervor; alle wirtschaftlichen Aktivitäten werden global organisiert und Grenzen der Nationalstaaten oder ähnliche geografische Grenzen verlieren ihre Bedeutung.⁴ Mit der Globalisierung steigt auch die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen Nationen. Unser Leben hängt von Entscheidungen oder Ereignissen ab, die fern von uns stattfinden.⁵

Ein anderer Aspekt des Globalisierungsdiskurses ist die Herrschaft des marktwirtschaftlichen Systems, des Kapitalismus. Globalisierung ist der Versuch des Kapitalismus aus der Krise, die vor allem den internationalen Finanzsektor betrifft, herauszukommen. Daher werden wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Bereiche neu strukturiert, um die Welt als einen Markt zu organisieren.⁶

Zu den Entstehungsdynamiken der Globalisierung gibt es unterschiedliche Erklärungen, aber allgemein ist man sich einig, dass Entwicklungen der Kommunikations- und Transporttechnologie Vorantreiber sind. Die Entwicklungen in der Informations- und Telekommunikationstechnologie veränderten Strukturen der Städte und Regionen, globalisierten das Produktionssystem und erhöhten zunehmend die Mobilität des Kapitals.⁷ Kommunikationstechnologien machen Unterschiede in Zeit und Raum unwichtiger und flüssiger. Die Firmen teilen ihre wirtschaftlichen Aktivitäten, positionieren sich in profitableren Räumen. Einerseits werden räumliche Organisation der Firmen, andererseits Räume, Standorte verändert.⁸

Die in den 50er Jahren beginnende und in den 70er Jahren sichtbar gewordenen technologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen Veränderungen brachten das neue Gesellschaftssystem. Der Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft. Die Stellung des Wissens bei der Produktion hat unvergleichbar mit anderen Faktoren enorm zugenommen. Das Wissen ist zu einem Faktor geworden, der einen strategischen Wettbewerbsvorteil bietet. Die technologischen Entwicklungen und die daraus folgende Veränderung des ökonomischen

⁴ Vgl. Marin, 2004

⁵ siehe DPT, 2000b, S. 55

⁶ Vgl. Esgin, 2001

⁷ siehe Harvey, 2003, S. 2

⁸ Vgl. Marin, 2004

mischen Systems haben unser Gesellschaftsleben enorm beeinflusst. Von der Kunst bis zur Politik wandelte sich die modernistische – positivistische Denkweise zum Postmodernismus. Lokale Kulturen, Identitäten, Diversität, Kommunalisierung, Vielfalt der Konsumnormen, Ökologie, partizipative Demokratie sind die vorrangigen Begriffe und Themen⁹.

Auf einige Gefahren, die aus dem Globalisierungsprozess resultieren, ist mit dem Soziologen Ulrich Beck hinzuweisen. Er sieht vor allem drei Gefahrenbereiche: Erstens *reichumsbedingte* ökologische Zerstörung und damit im Zusammenhang stehende technisch-industrielle Gefahren (z. B. Ozonloch, Klimaveränderungen); zweitens *armutsbedingte* ökologische Zerstörung und technisch-industrielle Gefahren (z. B. Abholzung des Regenwaldes, Einsatz veralteter Großtechnologien); und drittens den Einsatz von *Massenvernichtungswaffen* und den internationalen Terrorismus.¹⁰

Der Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman vertritt die These, dass der Globalisierung erst mit dem Zerfall der Sowjetunion 1989 der Durchbruch ermöglicht wurde. Er sieht als wesentliches Charakteristikum des Globalisierungsprozesses an, dass als Erbe einer klaren Weltordnung vor 1989 (2 Supermächte, die sich die Welt aufgeteilt hatten) nun kein Zentrum für die Leitung und Koordination der „Weltangelegenheiten“ zuständig sei. In Anlehnung an Kenneth Jowitt bezeichnet er Globalisierung als die „neue Weltunordnung“.¹¹

⁹ siehe DPT, 2000a, s. 15-18

¹⁰ Vgl. Beck, Was ist Globalisierung?, 76ff.

¹¹ siehe Bauman, Zygmunt in Beck 1997, S. 315ff.

1.2 Durch Globalisierung entstandene städtische Probleme

Die Wirkungen der Globalisierung und die daraus resultierenden Veränderungen sind auch in Städten bemerkbar. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen der Städte sind großteils durch Globalisierung erzeugte politische Handlungen¹². Metropolstädte und -Regionen sind mit dem Globalisierungsprozess zu Knoten des globalen Netzes geworden¹³. Die Zahl der Metropolstädte steigt sowohl in Industrieländern als auch in Entwicklungsländern rapide an. In den 50er Jahren gab es 83 Metropolstädte mit einer Einwohnerzahl von über einer Million (davon 2/3 in Industrieländern), in den 90er Jahren stieg die Zahl schon auf 272 an (davon 2/3 in Entwicklungsländern) und um das Jahr 2000 herum zählte die Literatur schon mehr als 400 Metropolstädte¹⁴. Die Metropolstädte sind mittlerweile zu Hauptproduktions- und Konsumzentren des Globalen System geworden.

Tabelle 1: *Die Verteilung der Weltbevölkerung (%) nach Ortschaften*
(Land/ Stadt)

	Land		< 1 mil.		1 - 5 mil.		> 5 mil.	
Jahr	1975	2000	1975	2000	1975	2000	1975	2000
Erde	62,1	53,0	25,1	28,5	8,0	11,6	4,8	6,9
Industrieländer	30,0	24,0	46,8	48,1	13,9	18,5	9,3	9,5
Entwicklungsländer	73,2	60,1	17,6	23,7	6,0	10,0	3,2	6,3

Quelle: UNEP, 2002, s. 241

Wenn man sich die *Tabelle 1* anschaut, dann ist zu erkennen, dass die Bevölkerungsanzahl in den Städten seit 1975 konstant zunimmt. Die Verteilung der EinwohnerInnenzahl konzentriert sich zum Großteil in Metropolstädten mit ei-

¹² Vgl. Kipper, 2004

¹³ Vgl. Marin, 2004

¹⁴ Vgl. Scott, 2004

ner EinwohnerInnenzahl von 1-5 Millionen und in Megastädten mit einer EinwohnerInnenzahl von über 5 Millionen. Die Zunahme der Stadtbevölkerung in Metropolstädten ist ein Gesamttrend auf der ganzen Welt. Parallel dazu nimmt die Steigerungsrate in den Entwicklungsländern viel schneller zu als in den Industrieländern. Als Beispiel sei hier aufgezeigt: Zwischen 1975 und 2000 stieg die Anzahl der Bevölkerung in Industrieländern von 4,8 auf 6,9% und in Entwicklungsländern von 3,2 auf 6,3%. In der ersten Gruppe ist die Steigerungsrate 25%, in der zweiten fast 50%.

In der *Tabelle 2* (weiter unten) sind die 30 größten Metropolen der Welt zwischen 1975 und 2007 nach ihrem Bevölkerungswachstum und einer Projektion für das Jahr 2025 aufgelistet. Wenn man die Daten anschaut, wird die Tabelle 1 noch einmal bestätigt, nämlich dass die Weltbevölkerungsanzahl steigt. Die Stadtbevölkerungsanzahl steigt ebenfalls und konzentriert sich auf die Metropolstädte. In den Entwicklungsländern gestaltet sich dieser Prozess schneller als in den Industrieländern.

Tabelle 2: METROPOLITAN REGIONS OF THE WORLDUN's Urban Agglomerations 2007

Stadt	Land	Einwohnerzahl (mil.)		
		1975	2007	2025
Tokyo	Japan	26.6	35.7	36.4
New York	USA	15.9	19.0	20.6
Mexico City	Mexico	10.7	19.0	21.0
Bombay	India	7.1	19.0	26.4
São Paulo	Brazil	9.6	18.8	21.4
Delhi	India	4.4	15.9	22.5
Shanghai	China	7.3	15.0	19.4
Calcutta	India	7.9	14.8	20.6
Dhaka	Bangladesh	2.2	13.5	22.0
Buenos Aires	Argentina	8.7	12.8	13.8
L.A	USA	8.9	12.5	13.7
Karachi	Pakistan	4.0	12.1	19.1
Cairo	Egypt	6.4	11.9	15.6
Rio de Janeiro	Brazil	7.6	11.7	13.4
Osaka-Kobe	Japan	9.8	11.3	11.4
Beijing	China	6.0	11.1	14.5
Manila	Philippines	5.0	11.1	14.8

Moscow	Russian Fed.	7.6	10.5	10.5
Istanbul	Turkey	3.6	10.1	12.1
Paris	France	8.6	9.9	10.0
Seoul	Republic of Korea	6.8	9.8	9.7
Lagos	Nigeria	1.9	9.5	15.8
Jakarta	Indonesia	4.8	9.1	12.4
Chicago	USA	7.2	9.0	9.9
Guangzhou	China	2.7	8.8	11.8
London	United Kingdom	7.5	8.6	8.6
Lima	Peru	3.7	8.0	9.6
Tehran	Iran	4.3	7.9	9.8
Kinshasa	Congo	1.5	7.8	16.8
Bogotá	Colombia	3.0	7.8	9.6

Quelle: http://www.metropolis.org/sites/default/files/publications/2009/metropolitan_region-09-version-larga.pdf

Die Auswirkungen der Globalisierung auf Städte können unter vier Gesichtspunkten betrachtet werden:

- Verarmung und soziale Polarisierung
- Umweltkrise
- Kulturelle Entfremdung - Verlust der städtischen Identität
- Neue Stadtagenda

Sowohl in Industrie-, als auch in Entwicklungsländern steigt mit der Globalisierung die Armut. Soziale und räumliche Spaltung/Trennung ist die Folge. Umweltkrisen und ökologische Probleme bedrohen unsere Zukunft, historische und kulturelle Werte verlieren mit der Globalisierung ihre Bedeutung. Es entsteht eine vereinheitlichte Kultur und Lebensstil auf der ganzen Welt. Es kommt zur kulturellen Entfremdung und Verlust der städtischen Identität. Aufgrund dieser Entwicklungen wird nach Lösungsansätzen gesucht, die unter dem Begriff "Neue Stadtagenda" gesammelt werden. Diese Ansätze beinhalten die Begriffe Wissensstadt, auf Bewusstsein basierte Entwicklung, Kreativität, Entwicklung des menschlichen und sozialen Kapitals und Partizipation.

1.2.1 Armut und soziale Polarisierung

Während sich mit der Globalisierung wirtschaftliche Netzwerke bilden und verdichten, bringt der Prozess andererseits eine soziale, wirtschaftliche und örtliche Ausgrenzung mit sich. Das neue Wirtschaftssystem schließt die Nicht-Produzierenden aus. Räume, Länder, der soziale Sektor werden aufgesplittet.¹⁵ Mit der Privatisierung werden auch die sozialen Dienste der Stadt kostenpflichtig. Kostenloser Zugang zu Bildung und Gesundheitswesen ist nicht mehr selbstverständlich. Das Stadtleben wird immer teurer und die Armut wächst.¹⁶

“Die (Wieder-) Zunahme von Armut und sozialer Ausgrenzung (mit sozialer Ausgrenzung ‘social exclusion’ sind vor allem die Folgen von Armut gemeint – soziale Isolation, problematische Sozialisation, abweichendes Verhalten -von Krankheit bis zu Kriminalität) ist begleitendes Merkmal des intensiven sozialen und ökonomischen Wandels.”¹⁷

“Die Sichtweise auf die Ursachen von Armut wird von nahezu allen WissenschaftlerInnen geteilt: Neben individuellen Gründen, Anlässen und Unzulänglichkeiten, in Armut abzurutschen, sind vor allem ökonomische Umstrukturierungen, die damit verbundenen Veränderungen auf den forciert modernisierten Arbeitsmärkten sowie der teilweise Rückzug des Sozialstaates für die “Scherenbewegungen” bezüglich der Arbeitsplatzsicherheit und der Einkommenshöhen verantwortlich.”¹⁸

Die Differenz zwischen dem Wirtschaftswachstum der industrialisierten Länder und Entwicklungsländer wird größer. z.B. das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug in Nord-Amerika und Europa im Jahr 1972 ungefähr 17.000 \$ und 9.000 \$, im Jahr 1999 schon 30.000 \$ und 14.000 \$. Hingegen in den restlichen Ländern

¹⁵ Vgl. Marin, 2004

¹⁶ Vgl. Uyar, 2002

¹⁷ Siehe Breitfuss, Dangschat, Frey, Hamedinger, 2004, s.5

¹⁸ Siehe Breitfuss, Dangschat, Frey, Hamedinger, 2004, s.8

der Welt betrug das BIP zwischen den Jahren 1972- 1999 unter 5.000 \$. Wenn der Ressourcenverbrauch pro Kopf betrachtet wird, ist ein gravierender Unterschied zwischen den Regionen Nord-Amerika/ Europa und den anderen Regionen (8 Mal mehr als in Afrika) festzustellen.¹⁹

Tabelle 3: Die Verteilung der Ungleichheit nach Einkommensunterschieden

10 Länder, in denen die Ungleichheit gravierend ist (in %)			10 Länder, in denen die Ungleichheit relativ gleichmäßig verteilt ist (in %)		
	Anteil der ärmsten 20% vom BIP	Anteil der reichsten 20% vom BIP		Anteil der ärmsten 20% vom BIP	Anteil der ärmsten 20% vom BIP
1. Guatemala	2,1	63	1. Slowakei	11,9	31,4
2. Paraguay	2,3	62,4	2. Japan	10,6	35,7
3. Brasilien	2,5	63,8	3. Österreich	10,4	33,3
4. Sierre Leone	1,1	63,4	4. Finland	10	35,9
5. Südafrika	2,9	64,8	5. Tschechische Republik	10,3	35,9
6. Zentral Afrika C.	2	65	6. Belarus	11,4	33,3
7. Lesetho	2,8	60,1	7. Norwegen	9,7	35,8
8. Nigeria	2,6	53,3	8. Ägypten	9,8	39
9. Swasiland	2,7	64,4	9. Schweiz	9,6	34,5
10. Kolumbien	3	60,9	10. Belgien	9,5	34,5

Quelle: *World Bank, World Development Report, 2000/2001, s. 282-284, von Vural und Aktan (2004) vorbereitet.*

In der *Tabelle 3* sind die Daten der Verteilung des Bruttoinlandsproduktes von 20 Ländern aufgelistet. Am schlimmsten ist die Ungleichheit in Guatemala, wo der Anteil der 20% Ärmsten des Landes gemessen am Bruttoinlandsprodukt 2,1% und 20% der Reichsten 63% abbekommen. In der Slowakei beispielsweise, die zu jenen 10 Ländern mit den geringsten Einkommensunterschieden zählt, ist der Anteil des BIP bei den ärmsten 20% der Bevölkerung 11,9%, bei den reichsten 20% 31,4%.

¹⁹ siehe UNEP, 2002, s. 34, 36

In der *Tabelle 4* ist der Bevölkerungsanteil, der mit weniger als 1 \$ pro Tag auskommen muss gemessen an der Gesamtbevölkerung aufgezeichnet. Unter 20 Ländern ist die Situation mit 87% in Guinea-Bissau am schlechtesten, mit 29% in Bangladesch am besten. Die größte Anzahl jener Menschen, die mit weniger als 1\$ pro Tag auskommen muss, befindet sich in Indien, in dem ein wichtiger Teil der Weltbevölkerung lebt und wird mit 52,5% beziffert.

Tabelle 4: *Bevölkerungsanteil mit einem Einkommen unter 1 \$ pro Tag*

Land	Anteil
1. Guinea-Bissau	87,0
2. Sambia	84,6
3. Madagaskar	72,3
4. Niger	61,5
5. Senegal	54,0
6. Guatemala	53,3
7. Indien	52,5
8. Kenia	52,5
9. Uganda	50,0
10. Peru	49,4
11. Honduras	46,5
12. Ruanda	45,7
13. Nicaragua	43,8
14. Simbabwe	41,0
15. Botswana	35,0
16. Äthiopien	33,8
17. Mauretanien	31,0
18. Äquator	30,0
19. Nigeria	29,0
20. Bangladesch	29,0

Quelle: United Nations, (1990) Global Outlook, UN Publications, s. 146, 178, 192

In der *Tabelle 5* sind die Werte des Gini-Koeffizienten²⁰ und des Bruttoinlandsprodukts der OECD- und einiger anderer ausgewählter Länder aufgezeichnet. Außer der Türkei sind in allen OECD-Ländern die Werte des BIP hoch und der Gini-Koeffizient niedrig. Es zeigt, dass in diesen Ländern das Einkommensniveau relativ hoch und die Einkommensschere nicht so gravierend ist. In den ärmeren Ländern in denen das BIP pro Kopf unter 1000\$ beträgt, ist der Gini-Koeffizient niedrig. Auch wenn man meint, somit gäbe es keine großen Einkommensunterschiede, zeigt das BIP pro Kopf jedoch, dass ein großer Anteil der Bevölkerung in Armut lebt. In diesen Ländern kommt parallel dazu die Ungleichverteilung des Einkommens hinzu.

Tabelle 5: Gini-Koeffizient und BIP pro Kopf (\$) in OECD- und ausgewählten Länder

OECD-Länder-Jahr	Gini-Koeffizient	BIP pro Kopf (\$)	Ausgewählte Länder	Gini-Koeffizient	BIP pro Kopf (\$)
USA-86	0,341	17.480	Bangladesch-92	0,283	220
Kanada-87	0,289	15.160	Indien-92	0,338	310
England-86	0,304	8.870	China-92	0,376	470
Italien-86	0,310	8.550	Sri Lanka-90	0,301	470
Frankreich-84	0,296	9.760	Ägypten-91	0,320	610
Holland-87	0,268	11.860	Indonesien-93	0,317	740
Österreich-85	0,295	10.830	Philippinen-88	0,407	630
Belgien-88	0,235	14.490	Jamaika-91	0,411	1.380
Norwegen-86	0,234	15.400	Kolumbien-91	0,513	1.260
Schweden-87	0,220	15.550	Tunesien-90	0,402	1.440
Schweiz-82	0,323	17.010	Polen-92	0,272	1.910
Türkei-87	0,430	1.210	Venezuela-90	0,538	2.560
Türkei-94	0,490	2.183	Brasilien-89	0,634	2.540
Finland-87	0,207	14.470	Malaysia-89	0,484	2.160
Deutschland-84	0,250	11.130	Mexico-92	0,503	3.470
Irland-87	0,330	6.120			

Quelle: *World Development Report, 1979-1997*

Die neuen wirtschaftlichen Bedingungen führen auch zu sozialpolitischen Veränderungen. In westlichen Ländern ist dies gekennzeichnet durch neue Motoren im

²⁰ Der Gini-Koeffizient wird besonders in der Wohlfartökonomie verwendet, um das Maß der Gleichheit oder Ungleichheit der Verteilung von Vermögen oder Einkommen zu bestimmen, er nimmt Werte zwischen 0-1. 0 = mindestens Gleichheit – 1= Die höchste Ungleichheit

Finanz- und Dienstleistungssektor. Die Folge ist der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften einerseits und andererseits der Verfall der traditionellen Mittelschicht.

„Dies führt zur zunehmenden Polarisierung zwischen armen Arbeitern und einer gut verdienenden und wohlhabenden Oberschicht.“²¹

In den Entwicklungsländern führen die Zunahme der nicht ausgebildeten Arbeitskräfte, ein rapides Wachstum der Stadtbevölkerung und die Entwicklung der Neuen Technologien zu einer hohen Arbeitslosigkeit und die Erschließung neuer Arbeitsfelder wird enorm schwierig. In den 2000er Jahren waren weltweit 30% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter arbeitslos.²²

Um mit der steigenden Konkurrenz mitzuhalten, erneuern Transnationale Unternehmen (TNU) ständig ihre Produktionsweise und –systeme. Dadurch nimmt der Bedarf an Arbeitskräften ab und die Arbeitslosigkeit steigt. Laut UNO können jährlich rund 47 Millionen Menschen von den Arbeitsmärkten nicht aufgenommen werden.²³

Auch in westlichen Ländern nimmt Arbeitslosigkeit und soziale Polarisierung zu. In Europäischen Ländern ist die Arbeitslosigkeit so hoch wie nie zuvor und in den Vereinigten Staaten ist die soziale Ungleichheit höher als vor dem Zweiten Weltkrieg. Der Reichtum der Entwicklungsländer (Arbeitskräfte und Rohstoffe) haben ihre Stellung als Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit in der Wissensökonomie verloren. Ausserdem gibt es in den westlichen Ländern ein niedriges Bevölkerungswachstum und in den Entwicklungsländern ist der Zustrom der ländlichen Bevölkerung in die Städte sehr groß. Wenn schon in den westlichen Ländern die Arbeitslosigkeit und soziale Polarisierung nicht zu bremsen ist, wird in Lateinamerika, Afrika, Asien und Pazifik nicht zu erwarten sein, dass sich Arbeitslosigkeit und soziale Polarisierung senken wird.²⁴ Eine Ungleichheit der Einkommensverteilung ist sowohl zwischen Nationen als auch zwischen Städten und Regionen deutlicher. In allen Städten der Welt ist eine sozio–ökonomische Aus-

²¹ Siehe Parnreiter, 2007, s. 1-5

²² Siehe De Rivero, 2003, s.13

²³ Siehe De Rivero, 2003, s.30

²⁴ Siehe De Rivero, 2003, s. 14, 51

grenzung zu beobachten.²⁵ Die Arbeitslosigkeit ist in den Städten am höchsten im Vergleich zum Umland und zu den ländlichen Gebieten; in den Städten hat sich ein hoher Sockel von Dauerarbeitslosigkeit gebildet, der auch dann nicht abgebaut wird, wenn die Zahl der Arbeitsplätze in einer Stadt insgesamt wächst. In vielen Städten sinkt das Arbeitsplatzangebot – insbesondere für gering qualifizierte Industriearbeiter. Die Kluft bei der Einkommensverteilung wird größer und bringt die Ausgrenzung von bestimmten Gruppen mit sich..²⁶

Auch für die „Global Cities“ beschreiben ForscherInnen wie Saskia Sassen eine zunehmende soziale Polarisierung. Die dynamischen Wirtschaftssektoren im Finanz- und unternehmensbezogenen Dienstleistungsbereich schafften zwar eine wachsende Zahl an gut bezahlten Stellen, doch diese qualifizierten Arbeitsbereiche seien angewiesen auf eine breite Palette an niedrig entlohnten und oft unsicheren Jobs. *„SekretärInnen, Putzkolonnen, Wach- und Lieferantendienste, kleine Werk- und Produktionsstätten (so genannte „sweat shops“) sind eine nötige Voraussetzung für das Funktionieren des Unternehmensmanagements“.*²⁷

Auch Christoph Parnreiter (Prof. für Wirtschaftsgeographie) fragt nach dem Zusammenhang zwischen Globalisierung und Verstädterung. Das erste Merkmal zeige sich darin, dass sich in weltweit nur wenig Städten Produktionsdienste wie Finanz-, Rechts-, Immobilien, Versicherungsdienste aber auch Unternehmensberatungen und Marketingfirmen ansammeln und konzentrieren. In diesen Städten werde Globalisierung geführt und sie dienten als wichtige Knotenpunkte, an denen alle Güter vorbeimüssen. Vereinfacht worden sei diese Entwicklung auch durch eine breite und gut aufgestellte Infrastruktur. Neben dem digitalen Verkehr spiele auch der räumliche Verkehr eine wichtige Rolle. Der zweite Zusammenhang den Parnreiter nennt, ist die Beschleunigung der Verstädterung in Entwicklungsländern, welche durch die Neustrukturierung der Weltwirtschaft herbeigeführt worden sei. In diesem Zusammenhang lasse sich eine in den letzten Jahrzehnten hervorgerufene transnationale Verstädterung ausmachen, bei der ImmigrantInnen über Ländergrenzen hinweg in Ballungsgebiete zögen, wo eine

²⁵ Vgl. Sengül, 2002

²⁶ Vgl. Kronauer, 2002

²⁷ Siehe Sassen 1996, 137ff

hohe Nachfrage an Arbeitskräften herrsche.²⁸

Parellel zu den Städten setzt sich auch in ländlichen Regionen, vor allem in den Entwicklungsländern der Prozess der Verarmung durch. Durch die vom IMF und der Weltbank geführten Politik und ihren strengen Auflagen (vor allem was Landwirtschaft betrifft), steigt die Verarmung in den ländlichen Gebieten. Die verarmte ländliche Bevölkerung wandert in die Großstädte aus, der Zuwachs an unqualifizierten Arbeitskräften steigt. Die Masse der Arbeitslosen und die steigende Zuwanderung aus ländlichen Gebieten spitzen die vorhandene soziale und räumliche Polarisierung weiter zu.²⁹ Soziale Ausgrenzung und Verarmung führt zur Segregation/Konzentration im städtischen Raum. Während die Oberschicht eher in den neu erschaffenen Wohnstandorten außerhalb der Städte zu finden ist, segregieren sich ärmere Bevölkerungsgruppen in Slums am Stadtrand oder in veralteten, schlechten Wohnquartieren³⁰. Städtische Gebiete werden sowohl sozial als auch räumlich getrennt, es entstehen reiche und arme Ghettos.³¹

1.2.2 Umweltkrise

Die Umweltkrise ist ein wichtiges Problem des Globalisierungsprozesses. Naturressourcen der Städte werden verschmutzt, zerstört und die Klimawandlung bringt enorme ökologische Probleme mit sich. Ein Bevölkerungswachstum in der Stadt heißt mehr Verbrauch der natürlichen Ressourcen.³² Die steigende Bevölkerungsanzahl und intensive wirtschaftliche Aktivitäten zerstören Naturressourcen der städtischen Gebiete, z.B. Wälder und Wasserquellen. Die mit der Globalisierung einhergehenden neuen Konsum-Modelle erzeugen eine unkontrollierte Zerstörung der Natur, Verlust der Landschafts- und Waldflächen, Wasserknappheit, Erderwärmung – Klimawandel, Abnahme der Fischpopulation des Meeres etc.³³

²⁸ siehe Parnreiter, 2007, s. 1-5

²⁹ Vgl. Sengül, 2002

³⁰ Vgl. Kiper, 2004

³¹ Vgl. Sengül, 2002

³² Vgl. Keles u.a., 2005

³³ Siehe De Rivero, 2003, S.14

Laut Untersuchungsbericht von UNEP (United Nations Environment Programme, Global Environment Outlook 3, 2002) sind die Auswirkungen der Globalisierung wie folgt zu beschreiben: Wachsende Weltbevölkerung (1972 betrug die Erdbevölkerungsanzahl 4 Mrd. im Jahr 2000 waren es schon 6 Mrd.), zunehmende Urbanisierung, Steigerung des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen als Folge des erhöhten Verbrauchs, mehr Energieverbrauch, mehr Umweltzerstörung und -verschmutzung, mehr Fischverbrauch, mehr Flächenverbrauch. Das Ergebnis ist die Zerstörung der Naturräume und Wälder. Wenn die Weltbevölkerungsanzahl rapid weiter steigt, werden alle Lebewesen in naher Zukunft mit noch größeren Umweltkrisen konfrontiert.

Tabelle 6: *Verluste der Waldbestände zw. 1990 – 2000*

Staat	Gesamt-Fläche in million ha	Waldfläche 1990 in million ha	Gesamt - Waldfläche 2000 in million ha	Waldfläche in Prozent	Änderung 1990-2000 in million ha	Änderung Jährlich In Prozent
Afrika	2.963,3	702,5	649,9	21,9	-52,6	-0,7
Asien und Pazifik	3.463,2	734,0	726,3	21,0	-7,7	-0,1
Europa	2.359,4	1.042,0	1.051,3	44,6	9,3	0,1
Lateinamerika und Karibik	2.071,8	1.011,0	964,4	47,8	-46,7	-0,5
Nordamerika	1.838,0	466,7	470,1	25,6	3,9	0,1
Westasien	372,4	3,6	3,7	1,0	0,0	0,0
Welt	13.014,1	3.960,0	3.866,1	29,7	-93,9	-0,24

Quelle: UNEP; 2002, S. 91

In der *Tabelle 6* sind die Verluste der Waldbestände auf der ganzen Welt in den Jahren 1990 - 2000 nach Regionen aufgezeigt. Während weltweit 0,24% (Afrika 0,7%, Lateinamerika und Karibik 0,5%) des Waldbestandes verloren geht, ist in Europa und Nordamerika ein Zuwachs von 0,1% zu verzeichnen.

Neben der Abnahme der Waldflächen ist auch ein Rückgang der Artenvielfalt

zu beobachten. In Afrika sind in etwa 723, Asien und Pazifik 1469, Europa 260, Lateinamerika 269, Westasien 71 und Nord-, Südpol 14 Spezies vom Aussterben bedroht.

Der UNEP-Bericht 2005 bietet mit ihren Daten, Grafiken und Satellitenbilder weitreichende Informationen über eine Reihe von Schlüsselfragen:

1.2.2.1 Bevölkerung

Die Weltbevölkerung hat die 7 Mrd.-Marke erreicht, seit 1992 ist die Stadtbevölkerung um 45 Prozent gewachsen. Der Anteil der BewohnerInnen von Slums sank im Jahr 1990 von 46 Prozent auf ein Drittel im Jahr 2010 Dank verbesserter Gebäude- und Sanierungsversorgung. Die Anzahl der Megacities mit mindestens 10 Millionen EinwohnerInnen hat sich im Jahr 1992 von 10 auf 21 im Jahr 2010 erhöht (110%). 1,4 Mrd. Menschen weltweit haben keinen zuverlässigen Zugang zum Stromnetz.

1.2.2.2 Klimawandel

Aufgrund der zunehmenden Nutzung Fossiler Brennstoffe steigen die globalen CO₂-Emissionen. 80 Prozent dieser Emissionen kommen aus nur 19 Ländern (allen voran Industriestaaten). Fast alle Gletscher auf der ganzen Welt ziehen sich zurück und werden kleiner. Dies hat nicht nur Einfluss auf den aktuellen Anstieg des Meeresspiegels, sondern bedroht auch das Wohlbefinden von etwa einem Sechstel der Weltbevölkerung.

1.2.2.3 Energie

Der Beitrag der erneuerbaren Energien (einschließlich Biomasse) für die globale Energieversorgung stieg im Jahr 2010 auf rund 16%. Solar- und Windenergie haben einen Anteil von nur 0,3% der gesamten weltweiten Energie. Es wird verstärkt die Notwendigkeit erkannt, auf effizientere Energie-Lösungen umzusteigen. Zwischen 2004 und 2010 ist eine Erhöhung der Investitionen um 540% in nachhaltige Energie zu verzeichnen. Das Wachstum von Biodiesel als erneuerbare Energiequelle ist um 300.000%, die Nutzung der Sonnenenergie um fast 30.000%, die Windenergie um 6.000% und die von anderen Biokraftstoffen um 3.500% gestiegen.

1.2.2.4 Ressourceneffizienz

Die weltweite Nutzung natürlicher Ressourcen stieg von 1992-2005 um über 40%. Im Bericht wird gewarnt, dass rasche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Ressourcenverbrauch vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln und menschliche Aktivitäten umweltfreundlicher zu gestalten.

1.2.2.5 Wälder

Trotz der Wiederaufforstung gibt es in Europa, Nordamerika, Asien, Pazifik, Afrika, Lateinamerika und der Karibik laufend Verluste von Waldflächen. Das bedeutet, dass seit 1990 rund 300 Millionen Hektar Waldflächen verloren gingen. Der jährliche Anstieg der Zahl jener Wälder mit einem Zertifikat für nachhaltige Forstwirtschaft um 20% zeigt jedoch, dass die Verbraucher Einflussmöglichkeiten auf die Holzproduktion haben. Allerdings sind nur rund 10 Prozent der weltweiten Wälder unter zertifizierter nachhaltiger Bewirtschaftung.

1.2.2.6 Nachhaltigkeit bei der Landnutzung

Die Nahrungsmittelproduktion stieg seit 1992 um 45%. Diese erhöhten Erträge sind stark auf den Einsatz von Düngemitteln zurück zu führen, die eine negative Auswirkung auf die Umwelt haben, wie z.B. Veralkung von Binnen- und Meeresgewässern. Der ökologische Landbau wächst mit einer jährlichen Rate von 13 Prozent.

1.2.2.7 Trinkwasser

Bis zum Jahr 2015 sollen fast 90 Prozent der Bevölkerung in Entwicklungsländern Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen haben, im Jahr 1990 waren es noch 77 Prozent.

Der UNEP-Bericht stellt auch fest, dass viele Umweltprobleme, die 1992 erst im Entstehen waren, nun fester Bestandteil der Mainstream-Politik vieler Länder geworden sind.

1.2.2.8 Einige Beispiele

Neue multilaterale Umweltabkommen und Konventionen, die festgestellt wurden oder in Kraft getreten sind, um neue globale Umweltfragen zu lösen.

Recycling oder Verarbeitung von Abfällen in neue Ressourcen gewinnt an politischer Unterstützung und ist Praxis in vielen Ländern. ³⁴

Der Bericht warnt davor, dass es zu irreversiblen Veränderungen der lebenserhaltenden Funktionen des Planeten kommen kann, wenn nicht dringend neue Wege in der Umsetzung der Umweltziele beschritten werden. Die Wende sei, so die Autorinnen und Autoren, noch möglich: Mit ehrgeizigen Maßnahmen könne man das Ruder noch herumreißen. Gegenwärtig scheint die Politik jedoch ge-

³⁴ Quelle: http://www.unep.org/GEO/pdfs/Keeping_Track.pdf

gen die globalen Konsum-Modelle, die vor allem ökologische Krisen hervorrufen, machtlos zu sein.

1.2.3 Kulturelle Entfremdung - Verlust der städtischen Identität

Die Stadtentwicklung ist geprägt vom kulturellen Kontext, in das es eingebunden ist. Mit der Globalisierung und Verstädterung bildet sich auch eine spezielle städtische Identität, die „moderne Lebensverhältnisse“ einfordert.³⁵

Mit der Globalisierung geht eine Lebensweise einher, die eine homogene Kultur mit sich bringt. Das bisher erhaltene historische Erbe (Stadtkultur, städtische Identität, städtisches Gedächtnis, usw.) geht verloren.³⁶ Natürlich begann die kulturelle Entfremdung und Verlust der städtischen Identität nicht mit der Globalisierung, aber wird durch sie beschleunigt.³⁷ Durch diese Veränderungen sind nicht nur die Umwelt oder das historische und kulturelle Erbe betroffen, sondern auch der seit der Renaissance sich entwickelnde Mensch. Die Menschheit scheine dem Konsumdenken zu verfallen, werde zunehmend asozial und es entwickle sich eine homogene Lebensweise, die überall auf der Welt ausgeübt werde. *„Wo früher noch unterschieden werden konnte, können jetzt weltweit die optisch gleichen Menschen, Gebäude und Waren gefunden werden“*.³⁸

Durch die wirtschaftliche Globalisierung nehmen auch internationale Wanderungsbewegungen weiter zu. Mit dem Wachsen der Bevölkerung ist auch ein Wachsen der Städte verbunden. Über die Hälfte der Menschheit lebt laut UN Habitat bereits in Städten oder urbanisierten/verstädterten Gebieten.³⁹ Die globalen Wanderungsbewegungen stellen auch die Gestaltung nationaler Migrationspolitik vor erhebliche Schwierigkeiten. Es entsteht damit die Frage, wie mit diesen neuen Entwicklungen umgegangen werden soll.

³⁵ Vgl. Berger, Peter L./Luckmann, Thomas 2004

³⁶ Vgl. Uyar, 2002

³⁷ Vgl. Kiper, 2004

³⁸ Vgl. Böckelmann, 1998: 23

³⁹ Vgl. UN Habitat 2011: 3

1.2.3.1 Globalisierung schafft Unsicherheit

Diese Unsicherheit ist in unserer Gesellschaft vor allem in Form von sozialer Unsicherheit immer mehr zu spüren.

„In den Städten gibt es wachsende Anteile der Bevölkerung, die nach der Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt einen Prozess der Marginalisierung erleben.

Materielle Probleme, Selbstzweifel und soziale Stigmatisierung werden gesteigert durch eine Randständigkeit in der Wohnungsversorgung. Ergebnis aller dieser Tendenzen ist eine wachsende Unsicherheit in den modernen Gesellschaften.“ ⁴⁰

Häußermann weist darauf hin, dass bei den meisten Menschen die Aussicht, dass man nicht mehr mit 25 Jahren in eine Firma eintreten und sie mit 65 Jahren wieder verlassen kann, Angst erzeugt. Es entstehe die Sehnsucht nach kleineren Gemeinschaften, die deutlich abgegrenzt sind und ‚innere Sicherheit‘ bieten.

„Solche Entwicklungen, die auf undurchsichtige Weise mit Globalisierung in Zusammenhang gebracht werden, und die für viele zu immer größerer Fremdheit im eigenen Land führen, haben Folgen für die Städte. Sie gefährden die urbane Integration“, so Häußermann.

1.2.4 Neue Stadtagenda

Bisher wurden die Nachteile und Probleme des Globalisierungsprozesses erläutert. Nun möchte ich mich auf Lösungsansätze und Maßnahmen, die diese Probleme in Angriff nehmen konzentrieren. Die neue Stadtagenda als Sammelbegriff dieser Lösungsansätze birgt eine Reihe von Begrifflichkeiten, in sich wie etwa: Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development), Subsidiarität (Subsidiarity), Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, Wissensstädte, Neuere Ansätze in

Bildung und Forschung, Förderung der Kreativität etc. Es gibt aber auch kritische Stimmen, die der Ansicht sind, dass die Problematiken durch diese Politik nicht gelöst, sondern noch vertieft werden könnten.

Die EU ist ein wichtiger Akteur, der die Stadtpolitik steuert. Im Europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK) sind Nachhaltigkeit, Subsidiarität und Zusammenarbeit zwischen den Institutionen als grundlegende Ziele definiert.⁴⁰ Um die Nachhaltigkeit und Entwicklung in den Städten voranzutreiben, wurden Bildung/Forschung und Neuerungen in der Arbeitswelt als zwei wichtige Faktoren bewertet. Die Europäische Union hat in den letzten Jahren immer mehr Gewicht auf die Entwicklung der Wissenspotenziale gelegt, wobei Universitäten und Hochschulen hier eine zentrale Rolle spielen. Im Umfeld der lokalen Hochschulen und staatlicher wie privater Forschungsinstitutionen entstehen mit Hilfe gezielter Forschungs- und Technologiepolitik sogenannte Wissenschaftsparks und „knowledge clusters“. Diese Parks entstehen meist an attraktiven Standorten, wo sie als Ankerprojekte für eine moderne Stadtentwicklung neues Ansehen in Politik und Wirtschaft genießen.⁴¹ Mit der Entwicklung von Wissen soll die Entwicklung der Stadt einhergehen.

Neben Wissen wird in der neueren Diskussion auch die Kreativität zu den zentralen Faktoren gezählt, die künftig über den wirtschaftlichen Erfolg von Städten und Regionen entscheiden werden. Der US-amerikanische Ökonom Richard Florida beispielsweise deutet darauf hin, dass wir Zeugen der Entstehung einer Kreativen Zeit sind und dass Kreativität eine der wichtigsten und neuesten Kräfte des ökonomischen Wachstums ist. „*Technology, Talent, and Tolerance*“⁴² seien die Zauberworte, die Standorte für innovative Eliten attraktiv machen. Die wirtschaftliche Prosperität und kulturelle Attraktion einer Stadt hingen immer mehr davon ab, ob die Stadtpolitik es schaffe „Kreative“ zu halten und anzuziehen. Die kreative Schicht also hat einen wichtigen Platz in der ökonomischen Entwicklung.

Während nun einerseits auf die ökonomische Zugkraft von Kreativität in der Stadt gesetzt wird, spiegelt die soziale Lage der kreativen Akteure dies aber nicht wider.

⁴⁰ Vgl. http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/sum_de.pdf

⁴¹ Vgl. Chernotsky, 2001

⁴² Vgl. Florida 2002

So gibt es neben positiven Stimmen, die die neueren Theorien hochpreisen auch jene kritischen Stimmen, die genau das Gegenteil befürchten. Sie gehen davon aus, dass auch diese neueren politischen Orientierungen keine wirklichen Lösungen bringen werden. Wenn man sich beispielsweise die Vereinigten Staaten ansieht, so zeigt sich, dass die soziale Ungleichheit im Vergleich zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zugenommen hat.⁴³

In Europa hat sich die steigende Zahl der Arbeitslosen zu einem wichtigen Problem entwickelt. Wenn nun sogar in den sogenannten entwickelten Staaten und Kontinenten die Situation so prekär ist, wie sollte sich dann in den Entwicklungsländern, in denen sich die Bevölkerung rasant vermehrt und billige Arbeitskräfte und Rohstoffe bislang die einzigen Vorteile waren, mit der neuen Entwicklung der Wissens-Ökonomie mithalten.⁴⁴

Seit der Geburt der modernen kapitalistischen Nationalstaaten sind mehr als 200 Jahre vergangen und der Mythos vom „Aufschwung“ geistert schon 40 Jahre herum. Mit Ausnahme der Nationalstaaten Südkorea, Taiwan und Stadtstaaten Singapur und Hong Kong, hat dieser Aufschwung mehr als 130 sich in Entwicklung befindenden Länder nicht erreicht. Mit der auf dem Exportgedanken basierenden Politik des Neo-Liberalismus kann diese Entwicklung jedenfalls nicht durchgesetzt werden. Dieses Modell stößt bald an ihre Grenzen. Zu Zeiten, in denen die Weltwirtschaft jährlich um 3% wächst, die Mega-Staaten wie etwa China, Indien oder Brasilien inkludiert, und alle Wirtschaftsbeteiligten miteinander in Konkurrenz stehen, ist die Hoffnung ein Export-Wachstum von 20% zu erreichen unrealistisch.⁴⁵

⁴³ Vgl. Florida 2002

⁴⁴ Siehe De Rivero, 2003, S 14, 51

⁴⁵ Siehe De Rivero, 2003, S 106

2. Globalisierung und „New Public Management“

Im Zuge der Globalisierung ist auch die Frage nach den Aufgaben des Staates und die Organisation des öffentlichen Sektors in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt. Erste Reformanstöße für die Umstrukturierung gingen von der zunächst im anglo-amerikanischen Raum geführten Debatte über New Public Management (NPM) aus. Seit den 80er Jahren hat sich dieses Konzept eines „schlankeren Staates“ immer mehr durchgesetzt und dient immer mehr Staaten als Orientierung. Ziel ist es, die Staatstätigkeit zu verringern und immer mehr auszulagern. Trotzdem bleibt der Staat ein „entscheidender Akteur“. NPM wird derzeit von seinen Befürwortern als ein Problemlösungsmodell vor allem für den öffentlichen Sektor gesehen..⁴⁶

2.1 Die Rolle des Nationalstaates

Trotz der Forderungen nach einem schlanken Staat wird der Nationalstaat nicht gänzlich überflüssig. Unter den Bedingungen der Globalisierung fungiert er jedoch eher als Steuerungseinheit, die sowohl die Interessen der Wirtschaft berücksichtigen muss als beispielsweise auch für soziale Sicherheit sorgen muss.

Zur zukunftsfähigen Bewältigung dieser Herausforderungen ist vor allem eine transparente Verwaltung zu erwähnen. Dies soll vor allem durch eine größere Bürgerorientierung erreicht werden. Die Erreichung dieser Ziele hängt jedoch maßgeblich davon ab, wie weit die beteiligten AkteurInnen in den Prozess aktiv miteingebunden werden können.

⁴⁶ Vgl. Kegelmann, 2007

3. Partizipation: Definition und theoretische Annäherung

Der Begriff der Partizipation leitet sich vom Lateinischen „particeps“ ab und bedeutet „an etwas teilnehmend“ oder „zugehöriges“.⁴⁷ Im Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff mehr die Teilnahme, beispielsweise an politischen Beratungen und Entscheidungen. Partizipationsverfahren gibt es in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Im Laufe der Zeit haben sich je nach Lebensbereich (Arbeit Schule, Freizeit, etc..), räumlicher Dimension (Bezirk Stadt, etc.), Zielgruppe (Kinder, Jugendliche, Erwachsene..), Zielsetzung (Einbeziehung aller, Repräsentation, etc..) und gesetzlicher Verankerung zahlreiche Partizipationsformen entwickelt.

Der Stadtsoziologe Prof. Jens Dangschat betrachtet „Partizipation“ unter drei Gesichtspunkten:

1. „Als politisch-emanzipatorische Haltung zur Steuerung moderner Verwaltungs- und Planungsprozesse.“
2. Als Set unterschiedlicher Beteiligungsverfahren und
3. Als sozialer Prozess des „sich Beteiligens“ und „Beteiligt-Werdens“.⁴⁸

Zu 1) Partizipation gehe hier aus einem gewissen Misstrauen gegenüber dem politisch-administrativen System hervor, andererseits habe das Thema auch im Zuge der Verwaltungsmodernisierung an Bedeutung gewonnen. Vor allem in den 90er Jahren mit der Lokalen Agenda 21 sei eine verstärkte Partizipation der Stadtverwaltungen forciert worden. Schließlich habe sich aus dem angelsächsischen Raum kommend die ‚government‘ zur ‚governance‘ Diskussion etabliert, in der versucht wird, „zivilgesellschaftliche Strukturen (wieder-)zubeleben und entwickeln“.

⁴⁷ Siehe <http://www.demokratiezentrum.org/themen/wien/partizipation/partizipation.html>

⁴⁸ Siehe Dangschat, 2004 Thesenpaiper zum STEP 05, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step05/veranstaltungen/pdf/impuls-dangschat.pdf> aufgerufen im Jänner 2014

Zu 2) Da sich Partizipation unterschiedlicher Verfahren und Techniken bediene, (dogmatische, undogmatische) sei es hier eher Aufgabe, „eine vor dem Ressourcenhintergrund (Zeit, Geld, Personal, Zahl der Teilnehmenden) geeignete Kombination in Absprache mit der Auftraggeberin zu wählen“.

Zu 3) Partizipationsprozesse lebten zwar von der Beteiligung von Akteuren, die größtenteils ehrenamtlich geschehe und so gebe es auch ein Recht auf Nicht-Beteiligung. Hier werde den Durchführenden eine wichtige Aufgabe gestellt: nämlich die Beteiligung zu erhöhen. Dazu sollen „Lebenswelten“ analysiert und „angemessene aktivierende Verfahren“ entwickelt werden. Dangschat unterstreicht weiters, dass bei den Partizipationsverfahren nicht nur das politisch-administrative System, sondern auch die Wirtschaft einbezogen werden soll. Weiters sei „ein Empowerment der Verwaltung“ notwendig.

Aufgrund der Vielfalt der Begrifflichkeiten rund um das Thema „Partizipation“ werde ich mich im Rahmen dieser Arbeit auf den politisch-administrativen Bereich der kommunalen Verwaltung beschränken. In diesem Rahmen bezeichnet Partizipation *„jede Art von Versuchen der Einflussnahme oder Beteiligung an dem durch die staatlichen Institutionen und den Bestand der öffentlichen Aufgaben ausgewiesenen politisch-administrativen Bereich und umfasst insbesondere auch die Mitwirkung der Bürger an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.“*⁴⁹

Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Partizipation vor allem in Hinblick auf ihr Entstehen. Die partizipative Beteiligung kann von staatlicher Seite ermöglicht werden oder sie wird von der Bevölkerung eingefordert. (vgl. auch Beckmann).⁵⁰ Auch die Beteiligungsintensität der Partizipierenden ist ein wichtiges Kriterium. Die Teilnahme kann dabei von der bloßen Information auf der untersten Ebene bis hin zum gemeinsamen Entscheiden auf der obersten Ebene reichen.

⁴⁹ Buse Michael J. /Nelles Wilfried: „Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch administrativen Bereich“, in: Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung, hg. Von Ulrich von Alemann, Opladen 1975, S 41

⁵⁰ siehe Beckmann 1997: 12-13

Architekt Prof. Klaus Selle beispielsweise unterscheidet (in Anlehnung an Arnstein 1969)⁵¹ acht Stufen der Partizipation⁵². Diese wird um eine Stufe der ‚Nicht-Partizipation‘ im Falle von Desinformationen, Befrieden und anderen Formen von Kommunikation, die vor allem manipulierend sind, ergänzt.

Abb. 1: *Stufen der Partizipation*

Delegieren bzw. Institutionalisieren von Entscheidungsmacht		
Einräumen von Kontrollbefugnissen und/oder Durchführungsmacht		
Kooperieren (Partnerschaften)		
Gemeinsam Beraten und Entscheiden		
Anhören und Erörtern		
Informieren		
Befrieden, Erziehen und Therapieren		
Desinformieren und Manipulieren		

Quelle: Selle, Klaus 1996c: *Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft*. Berlin Bauverlag.

⁵¹ Vgl. Arnstein, S. R. 1969

⁵² Selle Klaus 1996

3.1 Partizipation und Demokratie

Demokratie, als erstmals in Städten des antiken Griechenlands entwickelte Form des Gemeinwesens, bedeutet – wörtlich übersetzt – „Herrschaft des Volkes“. Diese Herrschaft durch das Volk ist auch heute noch eine Grundlage von Demokratie, welche die Politikwissenschaften unter dem Oberbegriff Partizipation zusammenfassen.⁵³ Somit bildet Partizipation – also bürgerschaftliches Engagement – den wesentlichen Standard einer Demokratie. Ziel ist der beständige Ausbau der Teilnahmemöglichkeiten und die Förderung der Teilnahme von nicht-staatlichen Personen an Prozessen der Willensbildung und Entscheidung. Indem die Menschen an gesellschaftlichen Fragestellungen teilhaben können, stärken sie die demokratische Gesellschaft.

In der Literatur wird jedoch auch von kritischer Seite darauf hingewiesen, dass Partizipation auch Grenzen habe. Man solle einerseits die Kompetenzen der Bürger nicht überschätzen und andererseits bestehe auch die Gefahr einer Destabilisierung der politischen Ordnung. Auch von ganz pragmatischen Nachteilen, wie etwa dass die Bürger als passive Objekte stigmatisiert werden, die nicht an der Ausgestaltung ihrer Zukunft interessiert sind, ist die Rede. An dieser Stelle könnte man einbringen, dass der Grund hierfür nicht nur in einer ablehnenden Haltung der Bürger gegenüber ihren eigenen Zukunftsperspektiven liegt. Oftmals werden sie erst sehr spät beteiligt, nämlich dann, wenn es um die Korrektur eines bereits entstandenen Schadens geht. Außerdem würde eine Mitgestaltung von Beginn an ein größeres Identifikationspotential mit sich bringen.

⁵³ http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf

3.2 Partizipative Kommunalverwaltung und LA 21

Unter den partizipativen Kommunalverwaltungsmodellen ist die Lokale Agenda 21 eines der wichtigsten. Im Juni 1992 trafen sich Vertreter aus 178 Ländern auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, um über Fragen zu Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert zu beraten. „Nachhaltige Entwicklung“ wurde als erstrebenswerte gesellschaftliche Zielsetzung proklamiert. Es sollten Antworten auf die zunehmenden und miteinander verschränkten Umwelt- und Gesellschaftskrisen gefunden werden. Erarbeitet wurde ein 700 seitiges Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert zur Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme. In Lokalen Agenda 21-Prozessen findet die Umsetzung dieser globalen Idee in konkreten, lokalen Projekten statt.⁵⁴ Lokale Gremien und Gruppierungen stehen den Menschen in der Gemeinde am nächsten und haben deshalb die besten Möglichkeiten, die Öffentlichkeit für eine nachhaltige Entwicklung zu sensibilisieren.

In Kapitel 28 werden Politik und Verwaltung aufgefordert mit BürgerInnen, lokalen Organisationen und der Privatwirtschaft in einen Dialog zu treten um gemeinsam eine kommunale AGENDA 21 zu beschließen und so einen Konsens über zukünftige Strategien und Maßnahmen zu erzielen. Dabei soll es nicht nur um ökologische Themen gehen, sondern auch um soziale, ökonomische und politische Entwicklungen auf lokaler Ebene. Ziel ist die Entwicklung von Beteiligungs- und Partizipationsstrukturen. Seit der Konferenz 1992 werden in mehr als 135 Ländern und tausenden Städten die Lokale Agenda 21 praktiziert.⁵⁵ In der Türkei hat die Lokale Agenda 21 seit 1997 ihre Arbeiten aufgenommen. Seither wird versucht, in weiten Teilen des Landes, so auch im vernachlässigten Osten der Türkei, lokale Agenda-Prozesse zu beleben.

⁵⁴ Vgl. Asthleitner, F., Reiter, A. & Tausz, K., 2002b
Vgl. auch Emrealp, 2004

⁵⁵ Vgl. Emrealp 2004

4. Neue Wege in der Stadtverwaltung am Beispiel Diyarbakir/Amed

4.1 Das Untersuchungsgebiet

In diesem Teil der Diplomarbeit wird auf die Ergebnisse der Untersuchung zum Thema Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik von Diyarbakir eingegangen, aber soll das administrative System von Diyarbakir erklärt werden. Dazu ist es notwendig das Verwaltungssystem der Türkei und die Beziehung zwischen Zentralverwaltung und Lokalverwaltung und deren Aufgabenbereiche zu erläutern. Darüber hinaus wird auf die historische Entwicklung der Stadt Diyarbakir, ihre Position in der Region und im Land, ihre demographische, ökonomische und soziale Struktur und ihre administrative-, institutionale Struktur in Kurzversion eingegangen.

4.1.1 Das administrative System der Türkei

Das heutige administrative System in der Türkei geht auf das des Osmanischen Reiches (1860) zurück.⁵⁶ Es gibt 16 Metropolverwaltungen (Großstadtverwaltungen, die gleichzeitig den Namen der jeweiligen Provinz tragen) und 65 Provinzverwaltungen (Hauptstädte der Provinzen). Daneben gibt es Distriktverwaltungen. Es gibt ferner Gemeinden. Die Verwaltung der Republik Türkei besteht aus zwei Ebenen: der Zentralverwaltung und der Lokalverwaltung. Bei der Zentralverwaltung geht es eher um die Exekutive, die vollziehende Gewalt. Sie lässt sich in die Hauptstadtorganisation und die Provinzorganisation unterteilen. Der

⁵⁶ Vgl. Yalcindag 1996-1997:45,54, Dulupcu 2005:106, Özgür/Acar 2008:1

Gouverneur ist in der Provinz, die Justizbehörden und militärische Institutionen ausgenommen, der oberste Dienstherr des gesamten in den Ministerien und öffentlichen Einrichtungen arbeitenden Personals. In der Provinz vertritt er sowohl den Staat als auch die Regierung. Die nächste Unterstufe der Provinzverwaltung ist die Kreisverwaltung. Der oberste Dienstherr auf Kreisebene ist der Landrat (Kaymakam). Der Landrat vertritt nicht wie der Gouverneur Staat und Regierung, sondern nur Regierung. Danach kommen die Bezirksverwaltung und Lokalverwaltungen⁵⁷. In der Verfassung werden drei lokale Verwaltungseinheiten aufgezählt. Diese sind die Provinzsonderverwaltungen, Stadtverwaltungen und Dorfgemeinschaften. In der Türkei gibt es zwei Arten von Gemeinden. Die einfache Gemeindeverwaltung und die Großstadtgemeindeverwaltung. Die Gemeindeverwaltungen sind in Provinzstadt-, Kreisstadt- und Stadtgemeinden unterteilt. Die Großstadtgemeinden werden in Kreis-Großstadtgemeinden und Großstadtgemeinden unterteilt. Der Bürgermeister ist der Kopf der Gemeindeverwaltung und juristischer Vertreter des öffentlichen Rechts. Er wird direkt durch das Volk gewählt. Der Gemeinderat ist das Beschlussorgan der Gemeindeverwaltung. Darüber hinaus gibt es Dörfer, die von Dorfvorstehern (Muhtar) verwaltet werden. Er wird auf fünf Jahre gewählt und darf nicht Kandidat einer politischen Partei sein. Außerdem untersteht er der Aufsicht des Landrates und Gouverneurs.⁵⁸

Der Staatsapparat der Türkei ist stark zentralistisch angelegt. Das wiederum bringt große Spannungen zwischen der zentralen und der kommunalen Verwaltung mit sich. Obwohl weltweit die Tendenz Richtung Verstärkung der Autonomien der Städte, der Dezentralisierung geht, ist in der Türkei die Gewichtung bei der Zentralregierung.⁵⁹

⁵⁷ Siehe Güler 2009:279

⁵⁸ Vgl. Güler, Birgül Ayman (2009), *Türkiye'nin Yönetimi-Yapı*, Imge Kitapevi, Ankara

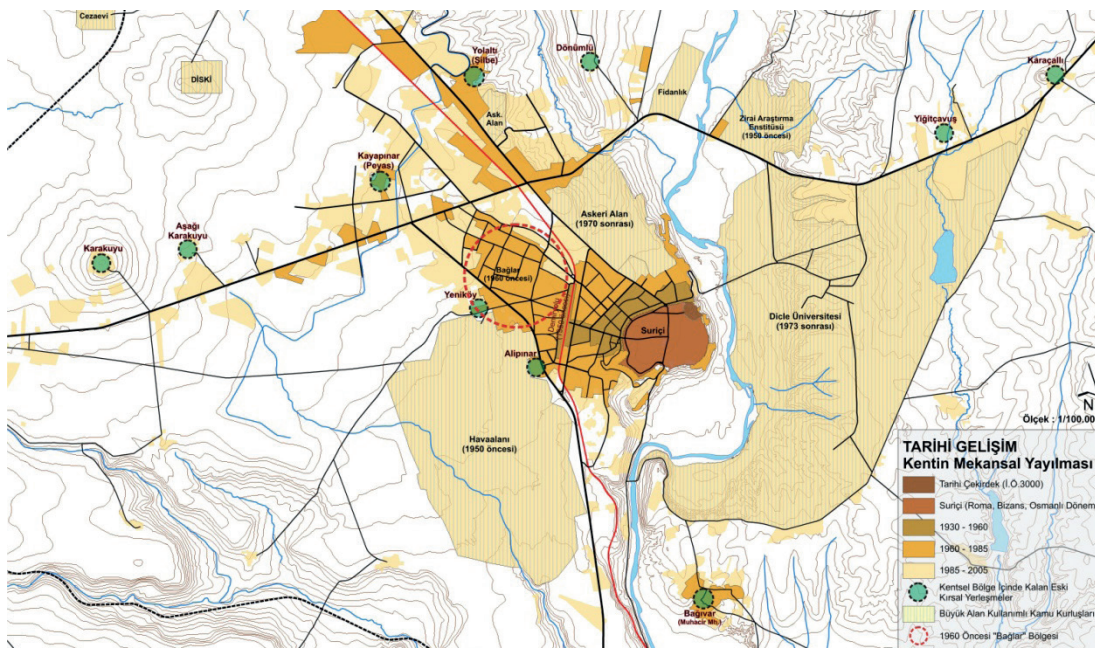
⁵⁹ Vgl. DPT, 2001, S. 18

4.2 Geschichte der Stadt Diyarbakir

4.2.1 Historische Entwicklung

Die heimliche Hauptstadt Kurdistans "Diyarbakir" (das historische Amida) kann auf eine Geschichte bis 3.000 v. Chr. (Zeit der Churriter) zurückblicken. Diyarbakir befindet sich im Norden Mesopotamiens, am rechten Tigrisufer. Die Altstadt ist von schwarzen Basaltmauern umgeben. Diese Stadtmauern, mit vier Haupttoren und 72 Türmen gehören mit 5,5 km zu den längsten und ältesten der Welt. Viele Kulturen wie etwa Urartäer, Assyrer, Meder, Perser, Römer, Selcuken und Osmanen haben die Stadt regiert. 115 n. Chr. wurde Amida, wie Diyarbakir zu jener Zeit hieß, von den Römern zur Hauptstadt der Provinz Mesopotamiens ausgerufen. Kaiser Konstantin ließ die Stadtmauer als Befestigung erbauen. 636 eroberten die Araber Amida. Sie gaben der Stadt ihren heutigen Namen Diyarbakir. Von Sultan Selim I. wurde die Stadt ab 1515 in Osmanische Reich eingegliedert. Die multikulturelle und multi-ethnische Geschichte gab Diyarbakirs Altstadt den Beinamen "Tor der Nationen".

Abb 2. Historische Entwicklung der Stadt



Quelle: Bericht des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Diyarbakir

4.2.2 Politische Geschichte der Stadt Diyarbakir

Im Zuge des Zerfalls des Osmanischen Reiches und während des 1. Weltkrieges wurden die christlichen Bewohner der Stadt (Armenier, Assyrer, Keldanis etc.) verfolgt und vertrieben, und fielen dem türkischen Nationalstaat zum Opfer. Die verbleibenden muslimischen Bewohner (größtenteils Kurden) mussten sich dem Nationalstaat mit seinem Türkentum beugen. Um es in Zahlen auszudrücken sei hier erwähnt, dass es Ende des 16. Jahrhunderts „neben mehr als 70 000 muslimischen Haushalten fast 12 000 christliche“ gab.⁶⁰ Die Gründung des türkischen Nationalstaates 1923 hatte für die in der Türkei lebenden 12 bis 15 Millionen Kurden weitreichende Folgen: In der türkischen Verfassung stand von Beginn an die nationale Einheit als das erste der sechs Prinzipien des Kemalismus im Vordergrund. So heißt es auch heute in Artikel 3 der Verfassung: „Der Staat Türkei ist ein in seinem Staatsgebiet und Staatsvolk unteilbares Ganzes. Seine Sprache ist Türkisch.“ Es wurde ein neuer zentralistisch organisierter Einheitsstaat gegründet und die bislang autonome Selbstverwaltung der kurdischen Fürstentümer während des Osmanischen Reiches abgeschafft. Die Existenz der Kurden wurde geleugnet und es wurde mit einer systematischen Politik der Zwangsassimilierung begonnen. Zeitgleich wurde in den kurdisch bewohnten Gebieten im Osten und Südosten der Türkei eine sozio-ökonomische Vernachlässigung durchgesetzt. In Folge gab es zahlreiche lokal begrenzte kurdische Aufstände in den 1920er- und 1930er-Jahren. Im Zeitraum von 1924-1938 sind mehr als 30 kurdische Aufstände blutig niedergeschlagen worden. Über das gesamte kurdisch besiedelte Gebiet wurde der Ausnahmezustand verhängt. Dieser wurde erst Anfang der 2000er Jahre wieder aufgehoben. Auch heute noch ist der zentralistische Einheitsstaat Türkei mit seiner Einheitsideologie durch den unabänderlichen Verfassungsgrundsatz von der unteilbaren Einheit gesichert. Dieser Verfassungsgrundsatz findet sich auf Gesetzebene in zahlreichen Vorschriften (z.B. im Strafgesetzbuch, im Antiterrorgesetz und im Parteiengesetz) wieder und hat weitreichende Auswirkungen. Da keine klare Definition seines Gültigkeitsbereiches vorliegt, können Grundrechte wie etwa Presse- und Meinungsfreiheit leicht beschnitten werden.

⁶⁰ siehe Buch: M. Strohmeier/L. Yalcin-Heckmann: „Die Kurden“: Geschichte, Politik, Kultur. Verlag C.H. Beck, München 2003, S 177

Im Lausanner Friedensvertrag von 1923 wurde eine Minderheitenklausel vor allem für die nichtmuslimischen Minderheiten (Armenier, Griechen, Juden) installiert. Lange Zeit wurden die Kurden also nicht einmal als Minderheit anerkannt. Diese Politik der Leugnung und Assimilation führte bei den Kurden zu einer ethno-politischen Mobilisierung. In den 1980er und 90er Jahren eskalierte die Situation und infolgedessen wurde die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gegründet. Die PKK nahm ab 1984 einen bewaffneten Guerillakrieg auf.

4.2.3 Historische Wurzeln des Kurdenkonflikts

Der sogenannte Kurdenkonflikt hat tief verankerte historische Wurzeln und ist nicht nur auf die Türkei begrenzt, sondern erstreckt sich auch auf Syrien, den Iran und den Irak. Der Konflikt ist auch ein Resultat der Friedensregelungen nach dem Ersten Weltkrieg nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Die Siegermächte sicherten damals den Kurden in der Türkei ein autonomes Gebiet im Osten der Türkei zu. Dieses Versprechen wurde aber nie umgesetzt und die Kurden wurden unter den oben erwähnten vier Staaten aufgeteilt. Sie erhielten nicht einmal einen Autonomie- oder Minderheitenstatus und wurden auch nicht als Volksgruppe anerkannt. Stattdessen folgte eine Assimilationspolitik an die Mehrheitsgesellschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Aus dieser Politik der Unterdrückung entstand der entschlossene Widerstand der kurdischen Bevölkerung.

Einen entscheidenden Einfluss im auf die Entwicklungen in diesem Konflikt hatten der Golfkrieg 1991 und der Irakkrieg 2003. Der bis dahin als innere Angelegenheit der betroffenen Staaten angesehene Kurdenkonflikt erfuhr immer mehr internationale Beachtung. Der Irak-Krieg 2003 schuf die Grundlage für die Entstehung eines kurdischen Autonomiegebietes im Norden des Landes. Auch im Norden Syriens ist eine ähnliche – für die Kurden erfreuliche – Entwicklung zu verzeichnen. Die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD), die ein Ableger der PKK ist, hat eine kurdische Lokalautonomie errichtet und hat einen wichtigen Platz in der politisch instabilen und vom Krieg dominierten Region eingenommen.

4.3 Aktuelle politische Situation in den kurdischen Gebieten und Diyarbakir

Die prokurdische Partei BDP (Partei für Frieden und Demokratie) ist die stärkste politische Kraft in den kurdischen Gebieten und so auch in Diyarbakir und Sprachrohr kurdischer Forderungen. Bei den Kommunalwahlen 2014 konnte die BDP in 8 Provinzen und 66 Bezirken die Mehrheit erringen. Ihre Kandidatin in Diyarbakir, Gültan Kisanak, sicherte sich mit 56,97% eine klare Mehrheit der Wählerstimmen. Ihr Gegner von der regierenden AKP kam auf 34,47%. Somit ging die BDP zum vierten Mal in Folge als Sieger bei den Kommunalwahlen in der kurdischen Millionenmetropole Diyarbakir hervor.⁶¹

Ihren Erfolg hat die Partei für Frieden und Demokratie vor allem ihrer effektiven Lokalpolitik zu verdanken. Mit ihren zahlreichen BürgermeisterInnen und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren konnte sie den Druck auf die Regierung steigern.

Die AKP-Regierung versprach zwar Reformen, ging aber nur bedingt auf die Forderungen von kurdischer Seite ein. Auf kurdischer Seite haben sich bisher folgende Forderungen herauskristallisiert:

- das Recht auf Erziehung und Bildung in kurdischer Sprache im staatlichen Erziehungs- und Bildungssystem
- die verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Identität
- die Dezentralisierung der Staatsstruktur und Ausweitung der Rechte der lokalen Verwaltungen (Präferenz für einen föderalen Staatsaufbau, der den Regionen weitgehende Autonomie zulässt)
- die Herabsetzung der Zehnprozenthürde bei nationalen Parlamentswahlen
- die Auflösung der Dorfschüttermiliz

⁶¹ Quelle: <http://basnews.com/de/News/Details/Gultan-Kisanak-gewinnt-Diyarbakir-mit-56-97-Prozent-der-Stimmen/16537> aufgerufen August 2014

- die Beendigung der militärischen und politischen Operationen
- und die Freilassung aller politischen Gefangenen, auch von Abdullah Öcalan

Während einige dieser Forderungen eine Chance haben, teilweise im Rahmen der Verhandlungen für eine neue Verfassung in Angriff genommen zu werden, stößt die Autonomie-Bestrebung auf starke Gegenreaktion der türkischen Regierung. Autonomie wird als Gefahr für die territoriale und nationale Einheit der Türkei angesehen und deshalb abgelehnt.

4.3.1 Friedliche Konfliktlösung noch nicht in Sicht

Zu Beginn des Kampfes der Arbeiterpartei Kurdistans PKK war auf Seiten der Regierung die Einstellung verbreitet, dass man mit der PKK schnell fertig wird. Dies war jedoch ein großer Irrtum. Die Arbeiterpartei Kurdistans ist mittlerweile zu einer nicht zu unterschätzenden politischen Kraft geworden. Sie verfügt über eine große gesellschaftliche Basis in den kurdischen Gebieten, so auch in Diyarbakir.

Bislang durchgesetzte schwammige Reformen der türkischen AKP-Regierung reichen nicht aus, um den Weg für eine nachhaltige friedliche Konfliktlösung zu ebnen. Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der tief verwurzelten Autonomie-Bestrebungen der Kurden und die Einbindung der PKK. Die Friedensgespräche mit Öcalan sind deshalb von essentieller Bedeutung und bieten die einmalige Chance, den jahrzehntelangen Gewaltkonflikt zu beenden und den Weg für einen dauerhaften Frieden zu ebnen.

4.4 Die Stadt Diyarbakir – Demographie, Wirtschaft und soziale Lage!

Abb 3: Provinz Diyarbakir



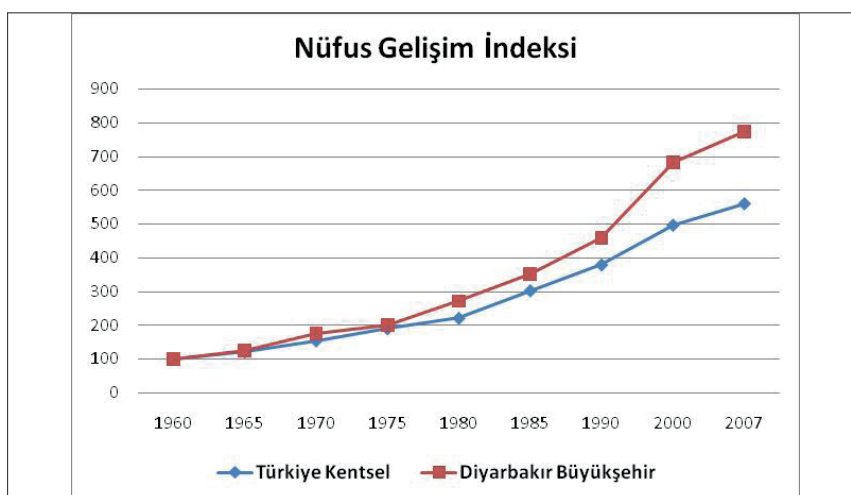
Quelle: <http://www.diyarbakir.bel.tr/images/diyarbakir2011.jpg>

4.4.1 Demographie

Der Verstädterungsprozess in der Türkei ist sehr weit vorangeschritten, es leben mehr als 70 Prozent der Gesamtbevölkerung in den Städten. Die Stadt Diyarbakir gehört neben Istanbul, Ankara (Hauptstadt), Izmir und Bursa zu den einwohnerInnenstärksten Städten in der Türkei. Mit über einer Million EinwohnerInnen ist Diyarbakir eine der größten Städte in der kurdischen Region. 2010 betrug die GesamteinwohnerInnenzahl der Provinz Diyarbakir 1. 528. 958. In der Stadt

Diyarbakir lebten demnach 2010 1.090.072 Personen, auf dem Land waren es 438.786 Personen.⁶² Noch in den 70er Jahren hatte die Stadt gerade einmal 150.000 EinwohnerInnen. Siehe Abbildung:

Abb 4: *Bevölkerungs-Wachstums-Index*



Quelle: *Bericht des Flächenwidmungsplans von Diyarbakir 2010, S. 40*

Die Gründe für den enormen Zulauf der Stadt liegen auf der Hand. Diyarbakir wurde in den Neunzigerjahren zum Zufluchtsort für Hunderttausende. Im Zuge des Krieges zwischen der türkischen Armee und der kurdischen PKK wurden zehntausende Bauern und ihre Familien aus ihren Dörfern vertrieben. Sie flüchteten in die Städte, nach Diyarbakir, in den Westen der Türkei oder ins Ausland.

4.4.2 Wirtschaft

Wenn man die wirtschaftliche Situation von Diyarbakir verstehen will, muss man sich die wirtschaftliche Lage der Türkei betrachten. Es besteht eine große Kluft zwischen dem Westen und Osten des Landes. Im Westen ist die moderne Industrie vorherrschend und der Osten eher landwirtschaftlich strukturiert. Der überwiegende Teil der Investitionen wird im westlichen Teil des Landes getätigt – vor allem in den Großstädten. Es gibt auch eine große Kluft zwischen Ost und West in Hinsicht auf die Lebensqualität der Bevölkerung.

⁶² TÜİK, Türkisches Statistikamt 2010

Der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung brachte die Flucht der Landbevölkerung nach Diyarbakir mit sich. Auch die ohnehin angespannte wirtschaftliche Situation verschärfte sich und die Folge war eine extrem hohe Arbeitslosigkeit mit all ihren daraus resultierenden Problemen. Durch den Konflikt gerieten Themen wie Gesundheit, Bildung und auch Wirtschaft in den Hintergrund. Die kurdischen Gebiete, so auch Diyarbakir, hinken in vielen Bereichen hinterher.

Im Bericht des Flächenwidmungsplans von Diyarbakir von 2010 heißt es: „Diyarbakir rangiert im Entwicklungsindex von 2003 von insgesamt 81 Städten des Landes an 63. Stelle“. ⁶⁵

Im Folgenden sind einige Indikatoren in Zahlen zusammengefasst:

Tabelle 7: Soziale, ökonomische und demographische Indikatoren der Stadt Diyarbakir

INDIKATOREN		1990		2000	
		DİYARBAKIR	TÜRKIE	DİYARBAKIR	TÜRKIE
1	Bevölkerung(000 Personen)	1 095	56 473	1 363	67 804
2	Bevölkerungswachstum (‰)	31.70	21.71	21.87	18.28
3	Bevölkerungsdichte (Person/km ²)	71	73	90	88
4	Anteil der städtischen Bevölkerung (%)	54.9	59.0	60.0	64.9
5	Durchschnittliche Haushaltgröße	6.9	5.0	6.8	4.5
6	Geburtenrate	4.7	2.7	4.5	2.5
7	Altersabhängigkeitsquotient (Person)	101	65	87	55
8	Anzahl der SchülerInnen pro LehrerIn In Volksschulen	42	30	41	30
9	Anzahl der SchülerInnen pro LehrerIn in öffentlichen Gymnasien	15	13	21	16
10	Anteil der HochschulabsolventInnen in Bevölkerung Alter 25+ (%)	3.36	5.08	5.23	7.80

11	Alphabetisierungsrate (%)	56.26	80.49	69.59	87.32
12	Anzahl der Personen pro Bett in Krankenhäuser	427	454	473	433
13	Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (\$)	1 908	2 655	1 313	2 146
14	Arbeitslosenrate (%)	11.5	5.4	14.2	8.9
15	Erwerbsquote (%)	62.1	60.6	52.8	55.2
16	Anteil der Industriebeschäftigten in Gesamtbeschäftigung (%)	3.5	12.8	3.8	13.3
17	Haushaltseinnahmen pro Kopf (YTL)	0.2	1.0	41.5	487.3
18	Öffentliche Investitionen pro Kopf (YTL)	62.0	48.6	67.1	99.5
19	Höhe der öffentlichen Förderungen pro Kopf YTL)	53.1	114.9	49.2	353.6
20	Zahl der Privatautos pro 10.000 Personen	86	292	205	896

Quelle: *Bericht des Flächenwidmungsplans s. 34, 2010, DBB*

All die vorher genannten Entwicklungen haben auch die Sozialstruktur der in Diyarbakir lebenden Bevölkerung enorm beeinflusst. Diese hat sich seit den achtziger Jahren grundsätzlich verändert. Wegen der massenhaften Zerstörung der Dörfer und der Abwanderung in die Städte sind regelrechte Armenviertel entstanden. Vor allem für die Jugendlichen fehlen Zukunftsperspektiven. Im Bildungssektor rangiert Diyarbakir was Entwicklung angeht, unter 81 Städten an 73. Stelle.⁶³ Das Gesundheitswesen, das eng mit der sozialen Struktur verbunden ist, steht im Indikator für Entwicklung an 61. Stelle.

⁶³ Vgl. Dincer u.a. 2003, S. 55).

4.4.3 Die institutionelle und Verwaltungsstruktur der Stadt

Die Gesamtfläche der Provinz Diyarbakir beträgt 15.355 km². Insgesamt gibt es 14 Kreisstädte. Vier Gemeinden plus die Großstadtgemeinde bilden die Stadt Diyarbakir. In der Provinz gibt es 32 Gemeinden und 242 Grätzel. 131 Grätzel liegen innerhalb der Stadtgrenze.

In Diyarbakir gibt es 623 NGO's, die aus Vereinen, Gewerkschaften, Stiftungen, Kammern bestehen. 376 davon sind Vereine – unter ihnen 174 Solidaritätsvereine, 77 Sportvereine, 45 Schul- und Bildungsvereine. 32 Vereine im Gesundheitsbereich, 27 im Kulturbereich, 19 Moschee-Vereine, 5 Medienvereine, 2 Menschenrechtsvereine. Daneben gibt es noch weitere 80 Vereine für Freundschaft, Kunst, Rotary, Lions, Roter Halbmond und Umweltvereine etc..⁶⁴

4.4.4 Lokale Agenda 21 Diyarbakir

Im April 2003 wurde im Rahmen der Lokalen Agenda 21 die DYG21 (Lokale Agenda 21 Diyarbakir) gegründet. Die DYG21 hat 336 Mitglieder, die sich aus dem Bereich NGO's, öffentliche Institutionen, GrätzelvertreterInnen und MeinungsführerInnen zusammen setzen. Die DYG21 ist wie ein Stadt-Beirat organisiert und besteht aus 8 Arbeitsgruppen. Dem Frauenparlament, Jugendparlament, Arbeitsgruppe Armutsbekämpfung, Arbeitsgruppe für Geschichte-, Kultur und Verstädterung, Arbeitsgruppe für Gesundheit und Umwelt, Arbeitsgruppe für Menschen mit Behinderung und Arbeitsgruppe für Kinder.⁶⁵

⁶⁴ DV, 2007

⁶⁵ DYG21, 2006

5. Praktischer Teil – Untersuchungsteil

5.1 Ziele, Umfang und Methodik der Untersuchung

Diese Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, den Beteiligungsgrad der zivilen Bevölkerung, Privatsektor, NGO's und öffentlicher Institutionen sowie sonstiger organisierter Gruppen an der kommunalen Verwaltung in Diyarbakir zu untersuchen. Das Untersuchungsgebiet ist die Stadt Diyarbakir. Bei der Feldforschung gibt es drei Phasen und es wurden zwei Forschungstechniken angewandt. Einerseits teilnehmende Beobachtung und andererseits Interviews.

In der ersten Phase wurden mit leitenden Personen organisierter Gruppen, öffentlichen Institutionen, NGO's und privaten Institutionen Interviews durchgeführt. Befragt wurden die Personen zu folgenden Themen:

1. Wie sie die Beteiligung der organisierten Gruppen und zivilen Bevölkerung wahrnehmen und welche Stärken und Schwachstellen es im Hinblick auf das Thema gibt
2. Ihre Vorschläge um die Beteiligung zu erhöhen

Es wurden mit 44 organisierten Gruppen Interviews durchgeführt. Siehe auch Tabelle im Anhang: Diese setzen sich wie folgt zusammen:⁶⁶

- 15 Interviews – Provinzsonderverwaltung, Großstadtgemeinde Diyarbakir, Kreisgrößtadtgemeinden.
- 4 Interviews – Lokale Agenda 21 Diyarbakir
- 3 Interviews - Berufskammern
- 19 Interviews – NGO's
- 3 Interviews – Privatsektor

⁶⁶ Anhang Tabelle: Die TeilnehmerInnen wurden aufgelistet

ExpertInneninterviews:

5.1.1 *Erste Phase:* Anhand von Fragebögen und Interviews mit AkteurInnen → öffentlichen Institutionen, NGO's und Privatsektor - SWOT-Analyse

Ziele Der SWOT-Analyse:

1. Beteiligungsgrad der NGO's, Privatunternehmen und der BürgerInnen an der Kommunalpolitik.
2. Welche Vorschläge von Seiten der Politik und anderer Akteure gibt es, um die Beteiligung an der Kommunalpolitik zu steigern?
3. Gibt es Modelle, die geeignet sind, um die Beteiligung der BürgerInnen von Diyarbakir an politischen Entscheidungen, deren Umsetzungen und ihre Evaluierung zu steigern?

Bei der Bewertung der Interviews wurde die SWOT-Analyse angewandt. Die Befragten sollten in Bezug auf Beteiligung an der Kommunalpolitik von Diyarbakir die Stärken und Schwächen aufzeigen.

5.1.1.1 SWOT – Analyse

Stärken (Strengths) Interne Analyse	Interne Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit und Performance der Stadt unterstützen bzw. steigern
Schwächen (Weaknesses) Interne Analyse	Im Vergleich zu benachbarten Städten: Wo werden Ressourcen, Möglichkeiten nicht genutzt.
Chancen (Opportunities) Externe Analyse	Externe Faktoren, Möglichkeiten, die die Wettbewerbsfähigkeit und Performance der Stadt unterstützen bzw. steigern können
Gefahren (Threats) Externe Analyse	Externe Faktoren, die die Performance der Stadt blockieren, vermindern und Probleme verursachen können

Offene Fragen der SWOT-Analyse

1.1.1 Die Beteiligung an der Kommunalpolitik betreffend, aus Sicht der *sozialen Struktur*: Was sind Stärken / Schwächen der Stadt Diyarbakir. Was sind die an externe Faktoren gebundenen Chancen / Gefahren.

1.1.2 Aus Sicht der *ökonomischen Struktur*: Was sind Stärken / Schwächen der Stadt Diyarbakir; die an externe Faktoren gebundene Chancen / Gefahren.

1.1.3 Aus Sicht der *politischen Struktur*: Was sind Stärken / Schwächen der Stadt Diyarbakir, die an externe Faktoren gebundene Chancen / Gefahren.

1.1.4 Aus Sicht der *kulturellen Struktur* her: Was sind Stärken / Schwächen der Stadt Diyarbakir, die an externe Faktoren gebundene Chancen / Gefahren.

1.1.5 Aus Sicht der *Verwaltungsstruktur* her: Was sind Stärken / Schwächen der Stadt Diyarbakir, die an externe Faktoren gebundene Chancen / Gefahren.

1.1.6 Was sind Stärken / Schwächen *ihrer Institution*; welche Chancen / Gefahren sehen Sie.

1.1.7 Welche Stärken / Schwächen gibt es bei der Beteiligung der BürgerInnen von Diyarbakir an der Kommunalpolitik. Wo sind Chancen / Gefahren.

1.1.8 Von den AkteurInnen (Öffentliche-, Privatinstitutionen, NGO's, Bürger, Kammer) ausgehend, die Beteiligung an der Kommunalpolitik betreffend. Welche Stärken/Schwächen hat die Stadt Diyarbakir, was sind Chancen / Gefahren.

5.1.1.2 Vorschläge

Welche Vorschläge von Seiten der Politik und anderer AkteurInnen gibt es, um die Beteiligung an der Kommunalpolitik zu steigern. Und zwar unter den folgenden Aspekten betrachtet:

- Soziale Struktur
- Ökonomische Struktur
- Politische Struktur
- Kulturelle Struktur
- Verwaltungs-, bzw. institutionelle Struktur
- AkteurInnen (Gemeinden, Amt der Provinzverwaltung, öffentliche Institutionen, NGO's, Privatsektor und BürgerInnen)

In der zweiten Phase der Untersuchung wurden gemeinsam mit der Koordinationsgruppe des Jugend- und Frauenparlaments zwei Sitzungen durchgeführt. Diskutiert wurde hier über die Lokale Agenda 21 Diyarbakir (YDG21), ihre Organisationsstruktur, ihre Aktivitäten in der Stadt etc. Weiters wurden die Beteiligten nach ihren Vorschlägen gefragt, um den Grad der Beteiligung an der Stadtverwaltung zu erhöhen.

5.1.2 *Zweite Phase:* Teilnahme an Sitzungen der Lokalen Agenda 21

Zentrale Fragestellung:

- Wird von Seiten der organisierten Gruppen in Diyarbakir eine Beteiligung der BürgerInnen ermöglicht?

Diskursfragen:

1. Aus welchen AkteurInnen setzt sich die Lokale Agenda 21 zusammen? Welche AkteurInnen sind aktiver, wie sind die Beziehungen zwischen den AkteurInnen?
2. Wie ist die Beteiligung der nicht organisierten Gruppen?
3. Wie ist die institutionelle Struktur der LA 21; hat sie eine partizipative Struktur?
4. Wie ist die Beteiligung von Grätzeln an LA 21?
5. Wie präsentiert sich die LA 21 in der Stadt ?
6. Wie ist der Beteiligungsgrad der LA 21 bei den Entscheidungen der Kommunalpolitik?

7. Welche Funktion haben GrätzelvertreterInnen (Muhtar) in der Stadt u. Stadtpolitik. Können sie für Beteiligung der nicht – organisierten Gruppen eingesetzt werden?

8. Was kann man für die Beteiligung an der Kommunalpolitik noch tun?

5.1.3 *Dritte Phase: Bevölkerungsbefragung*

Welche Faktoren (sozioökonomischer Status der BürgerInnen, ihre Wohn- und Lebensräume, Organisiertheit etc.) spielen am Grad der Beteiligung eine Rolle.

Anhand des in der ersten und zweiten Phase entstandenen Gesamtbildes wurden mittels Fragebögen in sozioökonomisch unterschiedlichen 4 Stadtteilen 25 Interviews durchgeführt. Sozioökonomische Verhältnisse, Wohnverhältnisse, Organisiertheit und (Mitgliedschaft zu NGO's, BürgerInneninitiative, etc.), Beteiligungsgrad und Vorschläge zu Beteiligungspolitik sind Eckpfeiler der Befragung.

Die Stadt besteht aus 42 Grätzeln, 85 im Stadtumland liegenden Dörfern, einer Großstadtgemeinde und 4 Gemeinden, die die Stadt Diyarbakir bilden.

5.2 Ergebnisse der Befragung der organisierten Gruppen

Die Ergebnisse wurden unter drei Gesichtspunkten bewertet. Das sind die Analyse der ökonomischen/sozialen/politschen/kulturellen/administrativen Strukturen der Stadt, Swot- Analyse der gesamten Stadt und Vorschläge über Beteiligungspolitik.

Bei jeder Frage wurden die am meisten erwähnten Antworten herausgefiltert. Eine Antwort musste zumindest zwei Mal vorkommen. Neben jeder Antwort ist auch in Klammer die Anzahl der gleichen Antworten ersichtlich.

5.2.1 Analyse der ökonomischen/ sozialen/ politischen/ administrativen/ kulturellen Strukturen der Stadt

5.2.1.1 SWOT-Analyse für ökonomische Struktur

Stärken (Strengths)

- Reichtum an natürlichen Ressourcen (16)
- Entwicklungspotenziale der Vieh- und Landwirtschaft (16)
- Hohe Potenziale des Wirtschaftswachstums und förderfähige Investitionsmöglichkeiten (13)
- Hohe Potenziale des Kulturellen- und Religionstourismus (11)
- Billige Arbeitskräfte und Arbeitskräfteüberschuss (8)
- Starkes Netz der Verkehrsverbindungen und leichte Erreichbarkeit (8)
- Hohes Marktpotenzial (7)
- Hohes Handelspotenzial (4)
- Wachstumspotenzial der Industrie (4)
- Hoher Organisationsgrad der Wirtschaftsakteure (Kammer, Vereine, etc.) (4)
- Hauptsitze der überregionalen Institutionen in der Stadt (DISIAD, GUNSIAD, Wirtschaftskammer, Handelsbörse, etc.) (3)
- Wirtschaftliches Zentrum aus dem historischen Kontext (3)
- Durch die großen ökonomischen Probleme, intensive Suche nach Lösungen (2)

- Wachstum des Bauwesens (2)
- Hohes Entwicklungspotenzial des Dienstleistungssektors (2)
- Mit der Globalisierung erhöhte Handelsmöglichkeiten (2)

Schwächen (Weaknesses)

- Ab/Zuwanderung, Arbeitslosigkeit und Armut (27)
- Abwanderung der vorhandenen Ressourcen (13)
- Fehlende qualifizierte Arbeitskräfte (12)
- Insuffizienz der finanziellen Mittel (8)
- Insuffizienz der ökonomischen Infrastruktur (7)
- Hunger und hohe Armut (7)
- Mangel an Kapitalakkumulation (6)
- Wenig Vielfalt in der Landwirtschaft und traditionellen Produktionstechniken (4)
- Ungleiche Verteilung von Land in ländlichen Gebieten (2)
- Mangel an organisierten Industriezonen (2)
- Ineffektive Nutzung der lokalen Ressourcen (2)

Chancen (Opportunities)

- Förderungsfonds der EU, der internationalen Institutionen und unterschiedliche staatliche Förderungen (12)
- Vorhandenes Kapital und Erfahrung der ausgewanderten Einheimischen (4)
- Nutzung der Stadt als Marktplatz von externen Agenturen und Institutionen (4)
- Steigende Unterstützung des Bundes (4)
- EU Programme zur Abschaffung der regionalen Ungleichheiten und Entwicklung (2)
- Steigende wirtschaftliche Beziehungen mit der autonomen kurdischen Region im Irak (2)
- Steigendes Interesse der Investoren (2)
- Status der Stadt unter Förderungsbevorzugten bei den staatlichen Fonds und EU– Fonds (2)

Gefahren (Threats)

- Keine Investitionen des Staates und des Privatsektors und keine nachhaltige Beschäftigung (28)
- Schwache Industrie und unzureichende industriebasierte Investitionen (9)
- Hürden seitens der politischen Macht und Bürokratie (7)
- Unzureichende Förderungen bzw. Begünstigungen (6)

- Regionale Ungleichheit (6)
- Fehlende ökonomische Stabilität und Gefahr der ökonomischen Krise (4)
- Weniger Fonds und Staatsförderung (3)
- Ungleichheit bei der Einkommensverteilung (3)
- Spärlicher Anteil vom Bundesbudget (2)

5.2.1.2 SWOT-Analyse für soziale Struktur

Stärken (Strengths)

- Die Stadt hat eine junge und dynamische Bevölkerung (16)⁶⁷
- Vorhandene Kommunikations- und Solidaritätsbereitschaft der Gesellschaft, sowie Nachbarschaftsbeziehungen (7)
- Ein hoher Bedarf an sozialem Wandel und Anstieg von Sozialprojekten (5)
- Die Bereitschaft der Bevölkerung zu Innovation und Moderne (4)
- Die sozialen Möglichkeiten der kulturellen Vielfalt als Ergebnis der Metropolstadt (2)

⁶⁷ Die Anzahl im Klammer zeigt Antwortanzahl der beteiligten Institutionen

Schwächen (Weaknesses)

- Zuwanderung und daraus resultierende Probleme: Mangel an Integration am städtischen Leben, Ghettoisierung, Kinderarbeit, steigende Kriminalität, Zerfall der Solidaritätsnetzwerke (32)
- Niedriges Bildungsniveau (21)
- Gesellschaftsstruktur zwischen ländlicher und städtischer Kultur (11)
- Hohe Bevölkerungsdichte und unkontrolliertes, schnelles Bevölkerungswachstum (8)
- Starke feudale Strukturen (7)
- Ungleichheit der Geschlechter (7)
- Fehlende Tradition, an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten (2)
- Intensive Gesundheitsprobleme (2)
- Ehrenmorde (2)
- Skepsis der Bürger gegenüber dem Staat (2)

Chancen (Opportunities)

- Regionale und überregionale demographische Beziehungen der Stadt. (Sowohl Menschen aus Nachbarstädten leben in der Stadt, als auch umgekehrt, bzw. auch aus anderen Städten der Türkei). (2)

Gefahren (Threats)

- Mögliche neue Migrationswelle (2)

5.2.1.3 SWOT-Analyse für politische Struktur

Stärken (Strengths)

- Die Stadt ist regionales Zentrum (60)⁶⁸
- Die Bevölkerung ist hoch politisiert und organisiert, daher hohes Rechtsbewusstsein und politisches Interesse (44)
- Vorhandener Beteiligungswille (20)
- Interesse der Bürger an Problemen der Stadt und Teilnahme am Diskurs (12)
- Hohes Beteiligungsbewusstsein der Bürger (3)
- Aus dem historischen Kontext heraus starke Widerstands- und Oppositionstradition (3)
- Starke Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben und hohe Organisiertheit der Frauen (2)
- Gleichheitsforderung der Gesellschaft (2)
- Wegen der Intensität der Probleme starkes Potenzial des Organisationsgrades (2)
- Reflektierte Bürger (2)

⁶⁸ Manche Antwortenanzahl sind mehr als Zahl der Beteiligten (44). Es kommt daher, dass einige Beteiligten bei unterschiedlichen Kategorien gleiche Antworten gegeben haben.

Schwächen (Weaknesses)

- Misstrauen zwischen politischen Institutionen und Mangel an angemessener Zusammenarbeit (7)
- Hohe Politisierung und daher enge, einseitige Problemdarstellung (7)
- Negatives Image der Stadt (5)
- Durch ökonomische Probleme, Priorität nicht bei der Beteiligung (4)
- Grundsätzliche Abneigung öffentlicher Institutionen gegenüber Partizipation (4)
- Die Verzagtheit der Mitglieder der organisierten Gruppen und eine durch häufige Probleme entstandene Gleichgültigkeit (4)
- Persönliche Interessen vor Gemeinwohl (3)
- Mangel an Bewusstsein (3)
- Keine Tradition der Beteiligung und der Demokratie (3)
- Durch Krieg und Migration entstandenes Trauma (2)
- Fehlendes politisches Bewusstsein der BürgerInnen (2)
- Bevölkerungsdichte erschwert direkte Beteiligung (2)
- Beibehaltung der traditionellen feudalistischen Machtverhältnisse (2)
- Die Zugehörigkeit eines Anteils an Frauen zu religiösen Gemeinschaften, die sie als ihre einzigen sozialen Lebensräume wahrnehmen (2)
- Durch in junger Vergangenheit geschehene Ereignisse (öffentliche Morde, Repressionspolitik des Staates, Verbrennung der Dörfer, Angriffe der fundamentalistischen Hisbollah, etc.) Abneigung und Angst der Bürger gegenüber Beteiligung an organisierten Gruppen (2)

Chancen (Opportunities)

- Nationales und internationales Interesse (11)
- Durch EU-Anwartschafts-Prozess der Türkei entstehende Möglichkeiten (8)
- Die durch den EU-Anwartschafts-Prozess der Türkei einhergegangene neue Gesetzgebung, die die Beteiligung fördert (4)
- Die zunehmende Bedeutung der Kommunen in der EU (2)

Gefahren (Threats)

- Fehlender Frieden, ein von Gewalt und Konflikt geprägtes Klima, politische Instabilität (49)
- Keine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen, die negative Einstellung der Regierung gegenüber gewählter Politiker der Kommunen (44)
- Anti-demokratische rechtliche Hindernisse und ihre Anwendungen (14)
- Die politische Stabilität der Stadt ist durch regionale und überregionale Entwicklungen beeinflussbar (6)
- Wegen der Wahl-Hürde keine repräsentative Stimme im Bundesparlament (5)
- Die ethnische Zugehörigkeit als Problem (kurdische Frage) (3)
- Diyarbakir als Arena für „dunkle“ politische Auseinandersetzungen und Provokationen (2)
- Sackgassen-Politik des türkischen Staates in der Kurden-Frage (2)

- Politische Polarisierung als Hindernis für Entwicklung der Zivilgesellschaft und den sozioökonomischen Bereich als auch für konkrete politische Lösungen (2)
- Steigende Unruhen in Nachbarländern (2)
- Politische Vielfalt nicht ausreichend (2)

5.2.1.4 SWOT-Analyse für administrative Struktur

Stärken (Strengths)

- Eine breite öffentliche Unterstützung der Kommunen (27)
- Aktive, vielfältige und wachsende NGO's (40)
- Institutionen wie z.B DYG21, die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Beteiligung fördern (17)
- Wachsender Dialog und Zusammenarbeit der Institutionen (15)
- Transparenter, demokratischer und partizipativer Verwaltungsansatz der Kommunen (7)
- In der Stadt vorhandene regionale Dienstzentren der öffentlichen und privaten Institutionen und NGO's (6)
- Gute Beziehungen zwischen NGO's und Gemeinden (6)
- Die in der Stadt ansässige grösste Universität der Region (Dicle Uni) (5)
- Aktive Beziehungen mit den Gemeinden, ArbeitgeberInnen und NGO's der Nachbarstädte (2)

Schwächen (Weaknesses)

- Fehlende Koordination zwischen Institutionen und nicht gemeinsam handeln können(18)
- Zweiköpfige Verwaltungs-Struktur. Einerseits Staats/Regierungsinstitutionen andererseits vom Volk gewählten Gemeinden und NGO's (16)
- Schlechte Qualität der Verwaltung (13)
- Fehlende bzw. nicht ausreichende strukturelle Mechanismen, die die Beteiligung fördern (10)
- Zunehmende Bürokratisierung der organisierten Gruppen und Verlust der Volksnähe. (9)
- Fehlendes qualifiziertes Personal der organisierten Gruppen (9)
- Kommunen kümmern sich mehr um die Bundespolitik als um öffentliche Dienstleistungen (6)
- Nicht ausreichende Professionalität bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen (6)
- Keine nachhaltige Mitarbeitereffizienz der organisierten Gruppen (4)
- Nicht ausreichendes Budget der Gemeinden bzw. Abhängigkeit vom Bundesbudget (3)
- Nur wenige, bekannte NGO's, Kammern und politische Parteien werden in Entscheidungsprozesse involviert (2)
- Nicht ausreichende Beratung (2)
- NGO's verlieren ihre Vision. Verfaulen der Institutionen (Die Verlegung der Schwerpunkte auf Projekte als Einnahmenquelle) (2)

- Schwache institutionelle bzw. keine nachhaltige Struktur der NGO's (2)
- Keine Effizienz der gemeinsamen Plattformen (2)

Chancen (Opportunities)

- Beziehungen zu nationalen und internationalen Organisationen und vorhandene Zusammenarbeit(9)
- Weltweites Wachstum des Interesses an Kommunen und kommunaler Politik. Kompetenzerweiterung der Gemeinden durch neue Reformen (8)
- EU-Anwartschafts-Prozess der Türkei (3)

Gefahren (Threats)

- Verordnungen und Gesetze, die die Beteiligung erschweren bzw. begrenzen (7)
- Nicht ausreichende Durchführung der EU Richtlinien in der Praxis, Hürden durch bürokratische Struktur (5)

5.2.1.5 SWOT-Analyse für kulturelle Struktur

Stärken (Strengths)

- Eine historische Stadt und noch bestehendes historisches Stadtbild (33)
- Kulturelle und religiöse Vielfalt (20)
- Vorhandener Respekt gegenüber kulturellen Unterschieden (10)
- Die Bereitschaft zur Pflege des Kulturerbes (10)
- Aus kultureller Sicht ist die Stadt ein regionales Zentrum (5)
- Zunehmende private und zivile Initiativen zur Erhaltung der kulturellen Werte (4)
- Zunahme von Festivals, touristische Werbeaktivitäten, literarische Veranstaltungen, usw. (3)
- Bemühungen der Frauen zum Schutz der kulturellen Identität (3)
- Die Potenziale des Tourismus (3)
- Die Politik der Kommunen, eine neue Kultur auf Basis des historischen und kulturellen Erbes zu schaffen (2)
- Teilnahme der Bevölkerung an kulturellen Veranstaltungen (2)
- Die Verbundenheit der Bevölkerung ihrer Tradition gegenüber (2)

Schwächen (Weaknesses)

- Kein Schutz des historischen und kulturellen Erbes (11)
- Fehlendes kulturelles und historisches Bewusstsein (7)
- Unfähigkeit das kulturelle Erbe zu bewerben (4)
- Kulturelle Entartung (4)
- Nicht ausreichende Infrastruktur des Tourismus (3)
- Durch Unwissenheit der Menschen entstandener Schaden an kulturellen Gütern. (3)
- Fehlende Koordination zwischen Institutionen der Kultur (2)
- Kurdisch wird in der Stadt nicht weitreichend gesprochen (2)

Chancen (Opportunities)

- Fonds zum Schutz des Kulturgutes (4)
- Die Stadt als Heimat unterschiedlicher Kulturen erleichtert die Begegnung ethnischer, kultureller, religiöser Gemeinschaften und darüber hinaus zur Diaspora (3)
- Weltweiter Trend in Richtung Schutz des kulturellen Erbes (2)

Gefahren (Threats)

- Von Seiten der staatlichen Institutionen wird vor allem die kurdische Sprache und unterschiedliche Kulturen als Gefahr wahrgenommen (11)
- Die Gefahr der kulturellen Konflikte (4)
- Assimilationspolitik des Staates (4)
- Bewusste Vernichtung der historischen und kulturellen Orte (2)

5.2.2 Allgemeine SWOT-Analyse für Diyarbakir

Aus den bisher aufgelisteten Kategorien der SWOT Analyse, wurden die am meisten genannten ersten zwei Aussagen herausgefiltert und daraus eine allgemeine Analyse für die Stadt zusammengestellt. Die Ergebnisse wurden unter interne und externe Faktoren gegliedert.

Tabelle 8: *Interne Faktoren*

STÄRKEN	
Soziale Struktur	Stadt hat junge und dynamische Bevölkerung (16)
	In der Gesellschaft vorhandene Solidarität, Kommunikation und Nachbarschaftsbeziehungen (7)
Ökonomische Struktur	Vorhandene natürliche Ressourcen (16)
	Entwicklungspotenziale der Land- und Viehwirtschaft (16)
Politische Struktur	Stadt ist regionales Zentrum (60)
	Die Bevölkerung ist hoch politisiert und organisiert, daher hohes Rechtsbewusstsein und politisches Interesse (44)
Verwaltungs-struktur	eine breite öffentliche Unterstützung der Kommunen (27)
	aktive, vielfältige und wachsende NGO's (40)
Kulturelle Struktur	Eine historische Stadt und noch bestehendes historisches Stadtbild (33)
	Kulturelle und religiöse Vielfalt (20)

SCHWÄCHEN	
Soziale Struktur	Zuwanderung und daraus resultierende Probleme: Mangel der Integration am städtischen Leben, Ghettoisierung, Kinderarbeit, steigende Kriminalität, Zerfall der Solidaritätsnetzwerke (32)
	Niedriges Bildungsniveau (21)
Ökonomische Struktur	Ab/Zuwanderung, Arbeitslosigkeit und Armut (27)
	Abwanderung der vorhandenen Ressourcen (13)
Politische Struktur	Misstrauen zwischen politischen Institutionen und Mangel an angemessener Zusammenarbeit (7)
	Hohe Politisierung daher enge, einseitige Problemdarstellung (7)
Verwaltungsstruktur	Fehlende Koordination zwischen Institutionen und nicht gemeinsam handeln (18)
	Zwei-köpfige Verwaltungs-Struktur, einerseits Staat/Regierungsinstitutionen andererseits gewählte Gemeinden und NGO's (16)
Kulturelle Struktur	Kein Schutz des historischen und kulturellen Erbes (11)
	Fehlendes kulturelles und historisches Bewusstsein (7)

Tabelle 9: *Externe Faktoren*

CHANCEN	
Soziale Struktur	Regionale und überregionale demographische Beziehungen der Stadt. (Sowohl Menschen aus Nachbarstädten leben in der Stadt, als auch umgekehrt, sowie in anderen Städten der Türkei). (2)
Ökonomische Struktur	Förderungsfonds der EU, der internationalen Institutionen und unterschiedliche staatliche Förderungen (12)
	Vorhandenes Kapital und Erfahrung der ausgewanderten Einheimischen (4)
Politische Struktur	Nationale und internationale Interessen (11)
	Möglichkeiten durch EU-Aufnahme-Verfahren der Türkei (8)
Verwaltungsstruktur	Beziehungen zu nationalen und internationalen Organisationen und vorhandene Zusammenarbeit(9)
	Weltweites Wachstum des Interesses an Kommunen und kommunaler Politik und Kompetenzerweiterung der Gemeinden durch neue Reformen (8)
Kulturelle Struktur	Die Fonds zum Schutz des Kulturgutes (4)
	Die Stadt als Heimat unterschiedlicher Kulturen erleichtert die Begegnung ethnischer, kultureller, religiöser Gemeinschaften und darüber hinaus zur Diaspora (3)

GEFAHREN	
Soziale Struktur	Mögliche neue Migrationswelle (2)
Ökonomische Struktur	Keine Investitionen des Staates und des Privatsektors und keine nachhaltige Beschäftigung (28)
	Schwache Industrie und unzureichende Investitionen in die Industrie (9)
Politische Struktur	fehlender Frieden, ein von Gewalt und Konflikt geprägtes Klima, politische Instabilität (49)
	keine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen; negative Einstellung der Regierung gegenüber gewählter Politiker der Kommunen (44)
Verwaltungsstruktur	Verordnungen und Gesetze, die Beteiligung erschweren bzw. begrenzen (7)
	Nicht ausreichende Durchführung der EU Richtlinien in der Praxis, Hürden durch bürokratische Struktur (5)
Kulturelle Struktur	Von Seiten der staatlichen Institutionen Wahrnehmung der kurdischen Sprache und unterschiedliche Kulturen als Gefahr (11)
	Gefahr der kulturellen Konflikte (4)

Die Ergebnisse der Befragung zeigen folgendes auf: Obwohl die TeilnehmerInnen aufgefordert wurden, ihre Meinung bezüglich der Beteiligung an der Kommunalpolitik zu schildern, haben sie sich bei einigen Punkten, ohne Bezug auf das Thema zu nehmen, sehr allgemein geäußert. Trotzdem ergab die Analyse über die soziale / politische / ökonomische / kulturelle Struktur und Verwaltungsstruktur der Stadt signifikante Daten.

5.2.3 Vorschläge der Akteure um Beteiligung zu steigern

Im letzten Teil der Befragung der organisierten Gruppen wurden die Repräsentanten der Institutionen aufgefordert, ihre Vorschläge zur Steigerung der Beteiligung unter maximum 20 Punkten zusammen zu schreiben. Insgesamt 233 Meinungen und Vorschläge wurden unter folgenden Überschriften kategorisiert und gesammelt:

- Zusammenarbeit und Koordination zwischen organisierten Gruppen
- Beziehungen zwischen gewählten Kommunen und Bund
- Beteiligung der Bevölkerung an der Kommunalpolitik
- Beteiligung der unterschiedlichen Gruppen an der Kommunalpolitik,
- Beteiligung der benachteiligten Gruppen an der Kommunalpolitik,
- Reflektierte und Verantwortungsbewusste Bürger zu fördern bzw. zu erziehen
- Informieren der Bevölkerung
- NGO's stärken

- Verwalterische und ökonomische Dezentralisierung
- Regionale und städtische Entwicklung und Bekämpfung der Armut
- Institutionelle Effizienz der organisierten Gruppen
- Beenden der Gewalt und Lösung der Kurdenfrage
- Schutz des kulturellen Erbes und Vielfalt

Zusammenarbeit und Koordination zwischen staatlichen, privaten Institutionen und NGO's zu etablieren bzw. zu entwickeln wurde von 28 Institutionen genannt. Weitere wichtige Vorschläge unter dieser Überschrift waren: von Seiten der organisierten Gruppen Konferenzen abhalten zum Thema „Partizipative Kommunalverwaltung“, erforderliche Koordinationszentren gründen, Mechanismen wie etwa einen Stadtrat gründen, um alle Akteure unter dem Dach vom LA21 (DYG21) zu versammeln (Vorschlag von 12 Institutionen).

Die bei der Bestandsaufnahme oft genannte „schlechte *Beziehung zwischen gewählten Kommunen und Bund*“ wurde bei den Vorschlägen erneut bekräftigt. Fünf der Befragten waren der Meinung, dass die negative Einstellung und das Misstrauen der Zentralregierung und ihrer lokalen Institutionen gegenüber gewählten Lokalpolitikern in den kurdischen Regionen, speziell in Diyarbakir, geändert werden sollte, um ein gemeinsames Arbeitsklima zu schaffen.

Die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen der Kommunalpolitik wurde von 17 Institutionen vorgeschlagen. Einige Institutionen schlugen vor, dass gemeinsam mit den organisierten Gruppen ein Stadtrat eingerichtet werden sollte, andere Befragte schlugen Parlamente auf Grätzel-Ebene vor. Unter dieser Überschrift wurden außerdem noch: transparente Struktur der Kommunen, Verbesserung der Kommunikation zwischen Gemeinden und BürgerInnen, Beseitigung der hierarchischen und bürokratischen Hürden innerhalb der organisierten Gruppen vorgeschlagen.

13 Befragte schlugen eine *Beteiligung von unterschiedlichen Gruppen an der Stadtverwaltung* vor. Sie fordern pluralistische statt eintönige Politik, vermehrten Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen. Weitere genannte Vorschläge sind unter anderem, dass die Idee - Unterschiede als Reichtum zu bewerten – sich etablieren sollte. 10 Befragte führten aus, dass besonders unterstützungsbedürftige, benachteiligte soziale Gruppen (Frauen, Jugendliche, Behinderte, SeniorInnen und Kinder) in der Kommunalpolitik, sowohl in der Kommunalpolitik vertreten sein sollten, als auch deren Organisierung gefördert werden sollte.

Um die Entwicklung der selbst-, verantwortungsbewussten BürgerInnen zu fördern sollten nach Meinung von 32 der Befragten Informations- und Bildungsaktivitäten durchgeführt werden. Weitere Vorschläge sind: Sensibilisierung und Dazugehörigkeit der BürgerInnen gegenüber ihrer Stadt zu steigern, die BürgerInnen sollen fordern statt jammern, sie sollen sich zuständig fühlen für die Probleme ihrer Stadt. Dafür sei nachhaltiges Informieren über die Bereiche Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie, Beteiligung, Umwelt, Geschichte, Bildung, Kultur, usw. notwendig. Weitere Vorschläge sind z.B.: Eine umfangreiche wissenschaftliche Analyse der Probleme der Stadt; Diskussion darüber mit den BürgerInnen, Einsatz von Neuen und anderen Medien (lokale Zeitungen, Zeitschriften) für Informationsaktivitäten.

Eine weitere oft erwähnte Überschrift ist die Lokalisierung/Dezentralisierung der Verwaltung und des Budgets. 14 Befragte sind der Meinung, dass regionale Verwaltungen gegründet bzw. gewählt werden sollten, dass Kompetenzen an die Kommunen übertragen werden sollten und die Kommunen als Oberinstanz für alle öffentlichen Institutionen fungieren sollten. Dafür brauche es gesetzliche Reformen. Weiters wurden die Themen: Dezentralisierung des Budgets, Erhöhung der finanziellen Ressourcen der Stadt, Mehr freie Hand der Kommunen bei finanziellen Angelegenheiten, die örtlichen Ressourcen sollen auch dort eingesetzt werden.

Regionale und städtische Entwicklung und Armutsbekämpfung

Fast alle Befragten haben diesen Punkt ökonomische Entwicklung, Investitionen und Armutsbekämpfung unterstrichen. Die meisten Vorschläge zu dieser Frage sind: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut, positive Maßnahmen zur regionalen Entwicklung, Förderung der örtlichen Investitionen, effiziente Nutzung der Ressourcen. Durch Zusammenarbeit der Gemeinde und der Industrie sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Mittelpunkt soll die ökonomische Entwicklung stehen. Auch radikale Vorschläge, wie etwa die Verstaatlichung aller Grundstücke und Erschaffung einer partizipativen ökonomischen Struktur, sind unter diesem Punkt zu erwähnen.

Institutionelle Effizienz der organisierten Gruppen

Dieser Punkt wurde von 12 Befragten als wichtig erachtet. Bei der Arbeitsvergabe und Vergabe der Positionen sollten die Qualifikation als Auswahlkriterium genommen werden. Im Öffentlichen Dienst sollte die Förderung der Effizienz und Teamworking im Vordergrund stehen.

Beenden der Gewalt und Lösung der Kurdenfrage

Von 12 Befragten wurde dieser Punkt als sehr wichtig erachtet. Der Konflikt und die Gewalt sollen durch friedliche Wege beendet werden. Die Wahlhürde von 10% soll auf unter 5% gesetzt werden. Maßnahmen zum Schutz und zur Belebung der kurdischen Sprache und Kultur. Die Belebung der kurdischen Sprache auch im öffentlichen Raum soll gewährleistet werden und Kurdisch soll auch in der Schule unterrichtet werden.

Schutz des kulturellen Erbes und der Vielfalt

Dieser Vorschlag wurde von 16 Befragten zur Sprache gebracht. Zum Schutz des natürlichen, historischen und kulturellen Erbes sollen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Historische und kulturelle Orte sollen für die BürgerInnen geöffnet werden und auch für den Tourismus attraktiv gemacht werden.

Weitere einzelne Meinungen sind vor allem : Die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben, die Gleichberechtigung in der Bildung und die Erhöhung der Bildungsqualität, die Förderung der elterlichen Bildung, die Entwicklung von sozialen Rehabilitationsprojekten, die Bekämpfung der Kinderarbeit, die Verstärkung und Ausweitung von sozialen Dienstleistungen, Der Aufbau von städtischen Partnerschaften mit EU-Städten...

5.3 *Zweite Phase:* Teilnahme an Sitzungen der Lokalen Agenda 21

Insgesamt gibt es 8 Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21. Zwei Arbeitsgruppen sind das Frauenparlament und das Jugendparlament. Ich habe an zwei Sitzungen mit deren Koordinationsgremien teilgenommen. In diesen Sitzungen wurden vor allem die Situation der Lokalen Agenda 21 in Diyarbakir analysiert. Aus welchen Akteuren die Lokale Agenda 21 besteht, das Verhältnis zwischen den Mitgliedern und den Akteuren, die Wirksamkeit und Vertretung in der Stadt, die Arbeiten innerhalb der Stadtteile waren die Hauptschlagwörter dieser Sitzungen. Auch die Rolle der GrätzkelvertreterInnen (Muhtar) wurde diskutiert. Bei den Sitzungen wurde den Anwesenden die Frage gestellt, was sie vorschlagen würden, um die Beteiligung an der Stadtverwaltung zu erhöhen.

5.3.1 Situation der LA21 (DYG21)

Die LA 21 Diyarbakir baut sich auf organisierten Gruppen, hauptsächlich öffentliche Institutionen, NGO's und Privatsektor auf. Bei beiden Sitzungen haben die Anwesenden betont, dass der Privatsektor sich in Diyarbakir nicht beteiligt und die Beteiligung größtenteils aus öffentlichen Institutionen und NGO'S besteht. Wobei unterstrichen wird, dass auch bei den öffentlichen Institutionen nur die Gemeinden und ihre Einrichtungen und nicht das Gouverneursamt und seine Einrichtungen teilnehmen. Außerdem seien die NGO' s einflussreicher als die Gemeinden. Letztendlich seien auch vereinzelt interessierte BürgerInnen dabei.

Als zweite Frage wurde gestellt, wie weit die Struktur der DYG21 eine Beteiligung ermöglicht, wieweit die Mitglieder mitwirken können. Bei der Diskussion haben die Mitglieder der Koordinationsgruppe des Frauenparlaments erörtert, dass es bei den NGO's in Diyarbakir elitär einhergeht und viele ihre Mitglieder nicht aktiv einbinden können. Viele im Vordergrund stehende Personen seien in mehreren NGO's tätig, seien mit Arbeit überfordert, einige Positionen seien immer von denselben Personen besetzt, andererseits sei bei manchen Personen Faulheit im Vordergrund. Diese seien nur mühsam dazu zu bewegen, aktiv teilzunehmen. Auch beim Jugendparlament wurden ähnliche Argumente gebracht. Auch sie haben große Mühe ihre Mitglieder in die Aktivitäten einzubinden. Das aus 78 Personen bestehende Jugendparlament in etwa kann nur auf 30-40 aktiv teilnehmende Personen zurückgreifen. Es wurde auch kritisiert, dass die NGO's sich nur mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigen. Die Hauptarbeitsgruppen der DYG21 sollen außerdem nicht gut miteinander koordiniert sein. Zusammenfassend wird hier bemängelt, dass die Mitglieder der DYG21 nicht ausreichend teilnehmen, untereinander schlecht zusammenarbeiten und die NGO's nicht ihre Mitglieder in die Arbeit miteinbinden können.

Weiters wurde bei den Sitzungen als dritte Frage gestellt, wie weit der Repräsentationsgrad der DYG21 auf Stadtebene ist. Von Seiten der NGO's gesehen, haben fast alle NGO's in der Stadt am DYG21 teilgenommen. Der Großteil der 363 Mitglieder sind NGO-Vertreter. Die DYG21 ist außerdem für alle NGO's offen. Die Bürgermeister, Parlaments-Abgeordneten der Stadt, und die der Gemeinde

angehörigen Einrichtungen und deren Teilnahme sind eine wichtige repräsentative Macht. Aber es steche ins Auge, dass das Gouverneursamt und die dazu gehörigen Einrichtungen nicht teilnehmen und das sei ein Defizit. Die Rolle der Grätzelvertreter (Muhtar) kam wieder als Thema. Die Beteiligung der 40 Muhtars, die auch Mitglieder der DYG21 sind, sei nicht ausreichend. Einige von ihnen seien nicht einmal ausreichend über die DYG21 informiert. Auch bei der Sitzung mit der Koordinationsgruppe des Jugendparlaments wurde darauf hingewiesen, dass nur 2 der 40 Muhtars aktiv an den Sitzungen teilnehmen würden und große Interesselosigkeit bestehe.

Vorschläge für die Politik die Beteiligung betreffend

Im folgenden sind die Vorschläge der Mitglieder der Koordinationsgruppen des Frauenparlaments und Jugendparlaments aufgelistet:

- Auf Stadtteilebene soll die Teilnahme erhöht werden. Zu diesem Zweck sollen Grätzel-Zentren wie etwa Frauenhäuser, Jugendhäuser, Grätzelvereine gegründet werden
- Die DYG21 soll Projekte für die Lösung der Probleme der Menschen entwickeln
- Um verantwortungsvolle und informierte Bürger zu etablieren, sollen Bildungsmaßnahmen ergriffen werden
- Die DYG21 soll sich von ihrem elitären Status befreien und ihre Repräsentanz in der Stadt erhöhen. Außerdem soll sie sich für alle Bürger öffnen und nicht nur für organisierte Gruppen
- Die DYG21 soll mehr beworben werden
- Die Beteiligung der Bürger an den NGO's soll gefördert werden, es soll mehr freiwillige Bürgerinitiativen geben
- Die Beteiligung der Muhtars sollen zunehmen
- Die Kompetenzen der Muhtars sollen erweitert werden und gesetzliche Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

5.4 PassantInnenbefragung

Um eine aussagekräftige Analyse in Diyarbakir zu machen, wären in etwa 400 PassantInnen-Interviews notwendig gewesen. Im Rahmen dieser Arbeit und aus Zeit- und Budgetknappheit konnte ich jedoch nicht mehr als 25 Interviews durchführen. Ich habe versucht möglichst unterschiedliche InterviewpartnerInnen in verschiedenen Stadtteilen zu finden. Wie auch in der Analyse der Interviews zu sehen ist, ist es trotzdem gelungen die Perspektive der BürgerInnen einzubringen und die Aussagen der ExpertInnen zu überprüfen.

Es wurden 25 Personen davon 11 weiblich 14 männlich im Alter zwischen 18 und 58 Jahren in 4 Gemeinden (Sur, Baglar, Yenisehir und Kayapinar) befragt. Aus dem Blickwinkel der BürgerInnen wurde die Beteiligungssituation an der Stadtverwaltung analysiert.

5.4.1 Sozialstrukturdaten

Als ein wichtiges Ergebnis der Befragungen ist zu nennen, dass die Stadt Diyarbakir (eines der 16 größten Städte der Türkei) sich aus sozioökonomischer und städtebaulicher Sicht nicht entsprechend weiter entwickelt hat. Laut Daten der staatlichen Planungsorganisation (DPT) ist Diyarbakir sozioökonomisch von insgesamt 81 Städten an 63. Stelle.⁶⁹ Das spiegelt sich auch in den folgenden Ergebnissen wider: Was das Haushaltseinkommen der Befragten betrifft, stehen im Schnitt für eine vier-köpfige Familie unter 1000 türkische Lira (ca 300 €) pro Monat zur Verfügung. Das sind unter 3 € pro Kopf/Tag. Die Haushaltsgröße der Befragten besteht durchschnittlich aus 6 Personen. Zum Bildungsniveau ist anzumerken, dass die Befragten überwiegend VolksschulabsolventInnen waren.

⁶⁹ Vgl. Dincer und andere, 2003: 55, 67, 71

Von den Befragten wohnen 12 Personen in Wohnungen, 8 Personen in mehrgeschossigen Einfamilienhäusern und 5 in illegal gebauten Gecekondus (informelle Siedlung, also ein ungeplantes Viertel mit primitiven Unterkünften am Rande einer Großstadt).

Die durchschnittliche Wohngrösse in Diyarbakir beträgt laut Flächenwidmungsplanbericht 2010 109,78 m². Von den Befragten hatten 8 Personen unter 100 m²-Wohnraum, 14 Personen zwischen 100-140 m² und 3 Personen über 200 m² Wohnraum zur Verfügung. Wenn die angegebene Haushalts- und Wohngrösse betrachtet wird, kommt man auf 19 m² pro Person.

In allen Häusern/ Wohnungen gibt es Strom-, Wasser- und Kanalisationsanschluss, aber dafür haben nur 2 Personen angegeben, dass sie über einen Internetanschluss verfügen.

Als Probleme sind häufig Stromausfall, durch Regenwasser entstandene Überschwemmungen und fehlende Parks, bzw. Grünflächen genannt.

5.4.2 Sozialraumdaten

In zwei Gemeinden (Sur und Baglar) gibt es hauptsächlich Einfamilienhäuser und Gecekondus (illegale Einfamilienhäuser auf nicht privaten Grundstücken). Weiters ist das Stadtbild geprägt von schlechten Wohnquartieren und fehlenden Erholungs- und soziokulturellen –Anlagen.

In den Gemeinden Yenisehir und Kayapinar sind dagegen in den letzten zehn Jahren durch Stadterneuerung und -erweiterungsprojekte große Siedlungsgebiete entstanden. Große Wohnungen (bis zu 300 m²), neue Parkanlagen, Kinderspielplätze, große Einkaufszentren, Seminar- und Kulturzentren prägen hier das Stadtbild.

Wenn die Indikatoren Warmwasseranschluss und Internetanschluss herangezogen werden, kann gesagt werden, dass die Grund-Infrastrukturversorgung zwar gesichert ist, aber dafür beispielsweise nur wenige Haushalte Internetanschluss haben.

5.4.3 Organisiertheit

13 der Befragten wohnen seit der Geburt, 4 Personen seit weniger als 10 Jahren und 8 Personen zwischen 20 bis 40 Jahren in der Stadt. Auf die Frage: Wie lange wohnen Sie in der jetzigen Wohnung/Haus haben nur 2 Befragten immer, 5 weniger als 1 Jahr, 6 mehr als 5 Jahre, 9 mehr als 10 Jahre und 3 mehr als 20 Jahre geantwortet.

3 Personen gaben an, dass sie keine Beziehung zu ihren NachbarInnen haben, 2 sehr selten und 4 gelegentlich. Bei 12 Personen gibt es sogar sehr häufigen Kontakt und 4 Personen gaben an, dass sie sogar gemeinsam persönliche Probleme besprechen. Auch der aus meinen eigenen Beobachtungen entstandene Eindruck für gute Nachbarschaft kann durch die Befragung bestätigt werden.

Finanzielle Probleme, Kinder und ihre Ausbildung, persönliche und politische Probleme sind Themen, über die sie sich meistens unterhalten. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass nur 2 der Befragten über NGO's Bescheid wussten, die in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Armut tätig sind.

Es gab keine Mitglieder von politischen Parteien und NGO's unter den Befragten. YDG21 kannte nur einer der Befragten, aber über ihre Aktivitäten wusste die Person nicht Bescheid.

Allgemein kann gesagt werden, dass sich formelle Organisationsstrukturen in der Stadt nicht durchsetzen konnten. Keiner der Befragten war ein Mitglied einer NGO und die Bekanntheit solcher Organisationen waren kaum vorhanden. Aber dafür sind informelle Beziehungen sowie gute Nachbarschaftsbeziehungen vorhanden.

Auf die Frage, welche Instanz als Erste zur Lösung der Probleme in ihrem Viertel aufgesucht wird, haben 12 Personen die Muhtar's angegeben und der Rest ihre Gemeinde und Großstadtgemeinde. Die Gründe zum Muhtar zu gehen sind Amtswege wie etwa betreffend Meldezettel, Geburtsurkunde, Grüne Karte(Gesundheitskarte für kostenlose Behandlung) etc... Die restlichen 13 Personen, die

als erste Instanz zur Gemeinde und Großstadtgemeinde gehen, suchen diese wegen Themen wie etwa Infrastrukturprobleme, defekter Asphalt (Straßen, Gassen), Parkanlagen auf. Das heißt in vielen Fragen wird nicht direkt zum Muhtar gegangen, sondern direkt in die Gemeinden. Die Vorschläge der Befragten für die Kommunen sind vor allem, dass diese sich den Bereichen Arbeitsplatzbeschaffung, Bildung, Verkehrsplanung, soziale Hilfe und Parks, Gärten, Grünflächen vermehrt widmen sollten.

5.4.4 Beteiligung an der Kommunalpolitik

Zu *Frage 22* – wie weit die Gemeinde ihre MitbürgerInnen in Entscheidungsprozesse einbindet?

14 Personen gaben an, dass sie nicht informiert werden. 8 Personen, dass sie informiert werden. 2 Personen, dass ihre Wünsche und Anregungen Beachtung finden. Und 1 Person gab an, dass es gemeinsame Entscheidungen gibt. Daraus kann abgelesen werden, dass die Beteiligung auf der niedrigsten Stufe der „Information“ stattfindet. Die BürgerInnen wurden zwar nicht ausreichend aber doch von Seiten der Gemeinde informiert, aber der Grad der Beteiligung geht über die Informationsstufe nicht hinaus.

F23., soll die Gemeinde ihre MitbürgerInnen in Entscheidungsprozesse einbinden?

Wenn die Beteiligungsbereitschaft der BürgerInnen analysiert wird, stellt sich heraus, dass ein überwiegender Teil der Befragten (16 von 25 Personen) der Meinung sind, dass ihre Bedürfnisse und Forderungen in den Entscheidungsprozessen der Gemeinden Beachtung finden. Jedoch eine Einbindung auf den höheren Stufen der Beteiligung wurden von wenigen Personen angegeben. (Ihre Meinung fragen, 5 Personen, mit Ihnen in Dialog treten/ verhandeln, 3 Personen und gemeinsam entscheiden 1 Person).

F24 – Die Bereitschaft der Befragten in jenen Bereichen, in denen sie direkt betroffen sind (Bezirk, Viertel) in Entscheidungen eingebunden zu werden ist höher als in längerfristige, strategische Entscheidungen/Pläne wie beispielsweise jährliches Budget, Ausgaben oder gesamte Aktivitäten der Kommunen in der Stadt eingebunden zu werden.

Es zeigt sich auch, dass die befragten BürgerInnen ihren Kontakt zu den NGO's und Muhtars (Grätzelveetreter) als relativ schwach wahrnehmen. Trotzdem hat ein Großteil der Befragten (17 von 25 Personen) vorgeschlagen, dass die NGO's und Muhtars in der Stadverwaltung aktiver werden sollten und in die Entscheidungen der Kommunen einbezogen werden sollten.

5.4.5 Zusammenfassung der Befragung

Die Beteiligungswahrnehmung und Vorschläge für Beteiligungspolitik der Befragten sind je nach Indikatoren wie etwa Wohn- und Lebensumfeld, sozioökonomischer Status unterschiedlich. Die Bereitschaft zur Beteiligung ist in den wohlhabenderen Stadtteilen und auch in den ärmeren Gegenden, in denen Infrastrukturprobleme gravierender sind, (Gecekondü-Slams), höher als in jenen Stadtteilen, in denen der Mittelstand wohnt. Allgemein kann gesagt werden, dass die Personen, die schon länger in der Stadt ansässig sind und in ihrem Viertel wohnen, mehr an einer Beteiligung an der Stadtverwaltung interessiert sind. Personen aus den ärmeren Vierteln wollen sich an Entscheidungen, die sie direkt betreffen, mehr beteiligen. Jene in den reicheren Stadtteilen hingegen sind eher an einer Beteiligung an längerfristigen strategischen Entscheidungen und Entscheidungen, die die ganze Stadt betreffen interessiert.

Ein anderes Ergebnis der PassantInnenbefragung ist, dass es einen Unterschied beim Beteiligungsinteresse und Beteiligungswahrnehmung zwischen Frauen und Männern gibt. Männer nehmen den Beteiligungsgrad der Bevölkerung positiver wahr und verlangen mehr Einbindung in die Entscheidungen. Daraus könnte man schließen, dass traditionelle Rollenbilder vorherrschend sind. Männer sind im öffentlichen Raum präsenter als Frauen.

Es sollte noch einmal betont werden, dass die sozioökonomische Kluft sich auch auf räumlicher Ebene widerspiegelt. In den zwei Gemeinden Sur und Baglar ist der sozioökonomische Status unter dem Durchschnitt, in Kayapinar und Yenisehir dagegen über dem Durchschnitt. Weiters ist zu beobachten, dass die Beteiligungsbereitschaft und Beteiligungswahrnehmung in der reicheren Gemeinde Yenisehir und der ärmeren Gemeinde, der Altstadt Sur, positiver ist, als in den neueren Stadtteilen Kayapinar und dem in den 90er Jahren entstandenen ärmeren Baglar, wohin viele Menschen aus den Dörfern emigriert sind. Tatsächlich bräuchte man – um diese Ergebnisse zu bestätigen - eine aussagekräftigere Analyse durch zahlenmäßig mehr Interviews.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Es ist festzustellen, dass der Prozess der Beteiligung in der Türkei einen ähnlichen Weg gegangen ist wie auch weltweit. Die Türkei hat nach 1980 einen neoliberalen Politikkurs eingeschlagen und die Anpassung an das internationale Wirtschaftssystem begonnen (vgl. Tosun 2001). 2005 haben die Verhandlungen als EU-Anwärterstaat begonnen und diesen Prozess beschleunigt. Die international anerkannte LA21 wurde 1997 auch in der Türkei etabliert und seither wurden landesweit LA21 Organisationen gegründet (vgl. auch Emrealp 2004).

Wenn der türkische Staatsapparat angeschaut wird, kann allgemein gesagt werden, dass es sich hier um ein zentralistisch-bürokratisch organisiertes System handelt. Dieses vor der Republik und auch danach vorherrschende autoritäre Gefüge wurde zwar mit einigen Reformen in der öffentlichen Verwaltung aufgebrochen, hat aber größtenteils sein Wesen beibehalten.

Die Öffentliche Verwaltung ist immer noch zentral gesteuert.

Diyarbakir hat in seiner 5000 Jahre alten Geschichte vielen Zivilisationen als Zentrum gedient und hat in den letzten Jahren im ökonomischen, kulturellen, sozialen und auch räumlichen Bereich mit ernstzunehmenden Problemen zu kämpfen. Dies wurde auch in den Befragungen, sowohl mit den organisierten Gruppen als auch mit den BürgerInnen unterstrichen.

Bei der Befragung mit den organisierten Gruppen sind folgende Schwächen der Stadt Diyarbakir zusammengefasst: Zwangs-Zuwanderung und die damit verbundenen Integrationsschwierigkeiten in ein städtisches Leben, Ghettoisierung, Entstehung von Slums, Bildungsnotstand, Kinderarbeit, steigende Kriminalität, Auflösung der Solidarisierungs-Netzwerke, Arbeitslosigkeit und Armut, Ressourcenabwanderung, einseitige Lösungshierarchien, unnötige Politisierung von fast allen Themen, die Bildung zweier Machtgefüge in der Stadtverwaltung, die nicht miteinander kooperieren, fehlendes kulturelles und historisches Bewusstsein, schwache Industrie und mangelnde Investitionen in die Industrie, keine nachhaltige Beschäftigungspolitik.

Weiters werden als Gefahren betont, dass es keine ernstzunehmenden Schritte in Richtung eines Friedensprozesses gibt, ganz im Gegenteil, dass Konflikte eher angeheizt werden und damit auch die Destabilisierung der Gegend vorangetrieben wird. Weiters werden die vielfältigen Sprachen und Kulturen, inklusive der Kurdischen von Seiten der Öffentlichen Institutionen der Regierung ignoriert und stattdessen die seit mehr als 100 Jahren praktizierte Assimilationspolitik fortgesetzt.

Trotz dieser negativen Aspekte wurden auch die Stärken und potentiellen Chancen der Stadt formuliert. Dass die Stadt eine relativ junge und dynamische Bevölkerung hat, es in der Stadtgesellschaft ein hohes Maß an Solidarisierung, Kommunikation und Nachbarschaftsbeziehungen gibt und der Reichtum an natürlichen Ressourcen, Entwicklungspotenzial der Land- und Viehwirtschaft, die Stadt als regionales Zentrum, die Stadtbevölkerung organisiert und politisch interessiert ist, die Gemeinden weitgehend von der Bevölkerung unterstützt werden. Die Vielfalt der aktiven NGO's und deren kontinuierliche Entwicklung.

Als weitere Stärken wurden die religiöse und kulturelle Vielfalt der Stadt, das lebendige kulturelle Erbe und das nationale und internationale Interesse an der Stadt, die Möglichkeiten, die sich durch die EU-Kandidatur der Türkei eröffnen, die finanziellen Förderungen vor allem durch die internationalen Fonds, allen voran der EU, die gute Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen, das weltweit steigende Interesse an der Dezentralisierung angegeben.

Auch bei der PassantInnenbefragung haben sich die Themen rund um Wohnqualität als eher schlecht, dafür aber die Infrastruktur der Stadt als zufriedenstellend herausgefiltert. Betont wurde vor allem auch das Vorhandensein von guten informellen Beziehungen sowie Nachbarschaftsbeziehungen.

Was die Beteiligung an der Kommunalpolitik angeht, sind fast überall die organisierten Gruppen größtenteils involviert. Auf Stadtviertelebene sind die NGO's jedoch unterrepräsentiert.

Die **Beteiligungswahrnehmung** der BürgerInnen auf Grätzel-, Bezirk- und Stadt-Ebene steht auf der niedrigsten Stufe und geht über die Informationsebene nicht hinaus. Die Stadtverwaltung informiert zwar die BürgerInnen über ihre

Tätigkeiten, aber die Beteiligungsmechanismen und Prozesse, die eine wahre Beteiligung ermöglichen, funktionieren nicht ausreichend.

Bei den **Vorschlägen** für **eine Beteiligungspolitik** von Seiten der organisierten Gruppen ist festzustellen, dass das Thema unter ökonomischen, sozialen, politischen, verwalterischen und kulturellen Aspekten betrachtet wird. Der Wunsch, die Bevölkerung einzubinden steht nicht im Vordergrund, sondern vielmehr die Beteiligung der organisierten Gruppen. Bei beiden Sitzungen betonten die Anwesenden auch, dass sich der Privatsektor in Diyarbakir nicht beteiligt.

Weitere Vorschläge zur Entmachtung der Zentralverwaltung sind: Stärkung der kommunalen Verwaltung; verwalterische und finanzielle Dezentralisierung, Massnahmen zur Förderung der sozio-ökonomischen Bedingungen, der politischen und wirtschaftlichen Stabilität, der politischen und kulturellen Vielfalt. Daneben wurden Zusammenarbeit und Koordination zwischen Institutionen, Etablieren der zivilen Initiativen und Erhöhen des Bildungsniveaus der Bevölkerung genannt.

Durch die Recherche und Umfragen im Rahmen dieser Diplomarbeit und letztendlich durch die Ergebnisse haben sich für mich folgende Schlußfolgerungen ergeben:

- Ein großes Defizit der Region ist, sich auf staatliche und internationale Fonds zu verlassen, ständig Hilfe von Außen zu erwarten und nicht die Wirtschaft in die Beteiligungsprozesse einzubeziehen.
- Es ist zwar sehr schwierig, in einem vom bewaffneten Konflikt geprägten Gebiet eine ökonomische Entwicklung zu etablieren, trotzdem sollten die Kommunen und der Privatsektor ein Zeichen setzen. Die Großstadtgemeinde Diyarbakir versucht durch Hilfsorganisationen, wie etwa dem Verein „Sarmasik“, die Armut zu bekämpfen und die Regierung versucht durch eine sogenannte „Greencard“ eine elementare Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Dies wiederum schafft gewisse Abhängigkeitsverhältnisse, die sich bremsend auf Forderungen der Bevölkerung bzw. deren Beteiligung auswirken.
- Durch den Konflikt wird das Thema „Abspaltung“ und „Polarisierung“ angeheizt. Die pro-kurdische Partei hat in der Region die absolute Mehrheit. Die

für eine Demokratie grundlegende Meinungs- und Kritikfreiheit ist nach wie vor auf wackeligen Füßen. Es herrscht diesbezüglich ein Mißtrauen in der Bevölkerung. Daher waren bei der PassantInnenbefragung viele Personen nicht bereit mitzumachen. Es ist notwendig Rahmenbedingungen zu schaffen, damit eine Beteiligung gelingen kann. Auch die Kommunen sollten sich gegenüber kritischen Stimmen nicht verschließen und alternativen Meinungen im Rahmen der YDG21 oder anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen Platz geben.

- Die Türkei ist ein Mitglied der NATO, gleichzeitig in unterschiedlichen internationalen Gremien vertreten und darüber hinaus ein EU-Mitglieds kandidat und Wirtschaftspartner. Somit hat sich die Türkei defacto durch zahlreiche Abkommen verpflichtet, demokratische Werte zu etablieren und zu verteidigen. Dies spiegelt sich jedoch in der Demokratie-Praxis der Türkei keineswegs wider. Hier müssten internationale Institutionen den Druck auf die türkische Regierung erhöhen und andererseits durch zivile Organisation den Demokratie-Willen der Bevölkerung stärken und unterstützen.

7. Literaturverzeichnis

Arnstein, S. R., A (1969): Ladder Of Citizen Participation. Journal of the American Institute of Planners, 35, 216-224

Asthleitner, F., Reiter, A. & Tausz, K.,(2002b): Charakteristika und Spannungsfelder eines Lokalen Agenda 21-Prozesses. Evaluation des kommunikativen Prozesses und der politischen Partizipation der Lokalen Agenda 21 Alsergrund. (Kurzfassung), Wissenschaftszentrum Wien

Basnews – Nachrichtenportal,(2014): URL: <http://basnews.com/de/News/Details/Gultan-Kisanak-gewinnt-Diyarbakir-mit-56-97-Prozent-der-Stimmen/16537>
Aufgerufen August 2014

Bauman, Z., (1997): Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft; in: BECK (Hg.), Frankfurt/M., Kinder der Freiheit, 315-332, hier: 315ff

Beck, U., (1997): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt/M.

Beckmann, G., (1997): Partizipation in der Entwicklungszusammenarbeit. Mode, Methode oder politische Vision? Hamburg

Beysanoglu, S., (1998): Diyarbakir Tarihi, Diyarbakir Büyükşehir Belediyesi Kültür ve Sanat Yayinlari, Ankara

Breitfuss, A., Dangschat Jens S., Frey, O.,Hamedinger, A.,(2004): „Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Herausforderungen für eine sozialverträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik“; Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Wien

Buse Michael J. /Nelles W. (1975): „Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch administrativen Bereich“, in: Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung, (hg. Von Ulrich von Alemann), Opladen, S. 41

Chernostsky, H., (2001): The Growing Impact of Globalization Upon City, *Policy Studies Review*, 18/3, S. 29-48

Dangschat J. S., (2004): Thesenpaiper zum STEP 05, URL: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step05/veranstaltungen/pdf/impuls-dangschat.pdf> Aufgerufen Jänner 2015

De Rivero, O., (2003): Kalkinma Efsanesi / 21. Yüzyilin Bagimsiz Yasayamayan Ekonomileri, Türkcesi Ömer Karakurt, Citlembik Yayinlari, Istanbul

DBB – Diyarbakir Büyükşehir Belediyesi, (2010a):Diyarbakir Büyükşehir Belediyesi 1/25000 Ölçekli Nazim İmar Planı Raporu, Diyarbakir

DBB – Diyarbakir Büyükşehir Belediyesi, (2006b): Diyarbakir Büyükşehir Belediyesi Stratejik Planı 2006-2009, Diyarbakir

DBB – Diyarbakir Büyükşehir Belediyesi, (2006c):Türkiye`de ve Diyarbakir`da İc Göç / Zorunlu Göç Bağlamında Tanım, Sebep, Sorun ve Çözüme Yönelik Değerlendirmeler, Diyarbakir

DBB - Diyarbakir Büyükşehir Belediyesi, (2014): URL: <http://www.diyarbakir.bel.tr/images/diyarbakir2011.jpg> Aufgerufen Jänner 2014

Demokratiezentrum-Wien, (2014): URL: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/wien/partizipation/partizipation.html> Aufgerufen Juni 2014

Dincer, B., Özaslan M. ve **Kavasoglu, T.**, (2003): İllerin ve Bölgelerin Sosyoekonomik Sınıflandırılması Arastirmasi – 2003, DPT 2671, Ankara

DPT - Devlet Planlama Teskilati, (2000a): Sekizinci Bes Yıllık Kalkinma Planı Bölgesel Gelisme İhtisas Komisyonu Raporu, DPT: 2502 – ÖİK:523, Ankara

DPT - Devlet Planlama Teskilati, (2000b): Sekizinci Bes Yillik Kalkinma Planı Küresellesme Özel İhtisas Komisyonu Raporu, DPT: 2544 – ÖİK:560, Ankara

DPT – Devlet Planlama Teskilati, (2000c): Sekizinci Bes Yillik Kalkinma Planı Kamu Yönetiminin İyileştirilmesi ve Yeniden Yapılandırması Özel İhtisas Komisyonu Raporu, DPT: 2507 – ÖİK:527, Ankara

DPT – Devlet Planlama Teskilati, (2001): Sekizinci Bes Yillik Kalkinma Planı Yerel Yönetimler Özel İhtisas Komisyonu Raporu, DPT: 2538 – ÖİK: 554, Ankara

DV – Diyarbakir Valiligi, Genel Bilgiler, (2007): URL: <http://www.diyarbakir.gov.tr>, Aufgerufen 2014

DYG21 – Diyarbakir Yerel Gündem 21, (2006): Diyarbakir Yerel Gündem 21 Tanitim Brosürü, Diyarbakir

EUREK – Europäisches Raumentwicklungskonzept, (1999): Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der EU, Europäische Kommission(hrg.), Luxemburg URL: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/sum_de.pdf

Eberlei, W., (2001): Institutionalisierte Partizipation in PRS-Folgeprozessen, Duisburg

Esgin, A., (2001): Ulus-Devlet ve Küresellesmeye İlişkin Bazı Tartismalar, *C.Ü. Sosyal Bilimler Dergisi*, 25/2, 185-192

Güler, Birgül A., (2009): Türkiye'nin Yönetimi-Yapi, Imge Kitapevi, Ankara

Harvey, D., 2003, Megacities Lecture 4: Possible Urban World, Twynstra Gudde Management Consultants, Amersfoort, The Netherlands, URL: <http://www.mega-cities.nl/possible.pdf> , Aufgerufen 11.06.2014

Häußermann, H., (2002): Die fragmentierte Stadt –Kommunale Sozialpolitik und Globalisierung, Dokumentation 10.Forum – „Globalisierung und lokales Handeln – Chancen der Globalisierung (IV)“, Landeszentrale für politische Bildung, Ba-

den-Württemberg, s. 58-69, URL: https://www.lpb-bw.de/publikationen/dokumentationen/forum_10.pdf

Keles, R., ve dig., (2005): Küresellesme, Kentlesme ve Cevre Paneli, TMMOB Cevre Mühendisleri Odasi Ankara Subesi Yayinlari, Ankara

Kegelmann, Jürgen, (2007): „New Public Management“, Möglichkeiten und Grenzen des Neuen Steuerungsmodells, Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden

Kiper, P., (2004): Küresellesme Sürecinde Kentlerimize Giren Yeni Tüketim Mekamlari ve Yitirilen Kent Kimlikleri, *Planlama Dergisi*, 2004/4, No 30, S. 14-18

Köse, Ö., (2003): Küresellesme Sürecinde Devletin Yapisal ve Islevsel Dönüşümü, *Sayistay Dergisi*, No 49, S. 3-46

Köse, Ö., (2004): Yerel Yönetim Olgusu ve Küresellesme Sürecindeki Yükselisi, *Sayistay Dergisi*, No 52, S. 3-42

Kronauer, M., (2001): Exklusion. Frankfurt/Main, Campus. Lebenslagen in Deutschland 2001, Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Mingione, Enzo (Hg.), (1996): Urban Poverty and the Urban Underclass. Oxford: Blackwell

Marin, M. C., (2004): Globallesme Sürecindeki Kent ve Bölgelerin Mekansal Ekonomilerdeki Rolü ve Ekonomik Cografya Esitsizligi: Bir Yerlesim Kurami Yaklasimi, *Kentsel Ekonomik Arastirmallar Sempozyumu*, Cilt 2, DPT-PAÜ, Denizli, s. 20-39

Metropolis – Weltverband der Grossen Metropolen, (2014): Urban Agglomeration URL: http://www.metropolis.org/sites/default/files/publications/2009/metropolitan_region-09-version-larga.pdf Aufgerufen 22.06.2014

Parnreiter C., (2007): historische Geographien verräumlichte Gesichte, Steiner Franz Verlag, Wiesbaden, s. 1-5

Sassen, S.,(1996): Metropolen des Weltmarkts, Frankfurt/ New York

Scott, A. J., (2004): Küresellesme ve Kent-Bölgelerinin Yükselisi, *Planlama Dergisi*, No 29, S. 59-66

Selle, K., (1996c): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Berlin Bauverlag

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in Berlin, (2014): URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf Aufgerufen in July 2014

Sengül, T., (2002): Kapitalist Kentlesme Dinamikleri ve Türkiye Kentleri, *Evrensel Kültür*, 128, URL: <http://evrenselbasim.com>, Aufgerufen 18.06.2014

Strohmeier M. /Yalcin-Heckmann L., (2003): „Die Kurden“: Geschichte, Politik, Kultur. Verlag C.H. Beck, München, S. 177

TUIK - Türkiye İstatistik Kurumu, (2006): Yerleşim Yerinde Mahalle Bazında Nitelik Kodlarına Göre Hane Sayıları Raporu, Ankara

TUIK - Türkiye İstatistik Kurumu, (2014): illere göre yıl ortası nüfus projeksiyonları (2000-2010), URL: <http://www.tuik.gov.tr/VeriBilgi.do> Aufgerufen Juni 2014

United Nations, (1990): Global Outlook, UN Publications

UNEP , United Nations Environment Programme, (2002): Global Environment Outlook 3 Past, present and future perspectives, Earthscan Publications Ltd, London

UNEP , United Nations Environment Programme, (2011): Keeping Track of Our Changing Environment: From Rio to Rio+20 (1992-2012) United Nations Environment Programme, Nairobi. Published October 2011 URL: www.unep.org/GEO/pdfs/Keeping_Track.pdf

Uyar, N., (2002): Küresellesme ve Kent, *Evrensel Kültür*, No 128, URL: <http://www.evrenselbasim.com>, Aufgerufen Juni 2014

8. **Abbildungsverzeichniss**

Abb. 1:	Stufen der Partizipation	37
Abb 2.	Historische Entwicklung der Stadt	42
Abb 3:	Provinz Diyarbakir	47
Abb 4:	Bevölkerungs-Wachstums-Index	48

9. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Die Verteilung der Weltbevölkerung (%) nach Ortschaften (Land/ Stadt)	16
Tabelle 2:	METROPOLITAN REGIONS OF THE WORLDUN's Urban Agglomerations 2007	17
Tabelle 3:	Die Verteilung der Ungleichheit nach Einkommensunterschieden	20
Tabelle 4:	Bevölkerungsanteil mit einem Einkommen unter 1 \$ pro Tag	21
Tabelle 5:	Gini-Koeffizient und BIP pro Kopf (\$) in OECD- und ausgewählten Länder	22
Tabelle 6:	Verluste der Waldbestände zw. 1990 – 2000	26
Tabelle 8:	Interne Faktoren	73
Tabelle 9:	Externe Faktoren	75
Tabelle 10:	Interviewpartner Organisierte Gruppen	106

Anhang I

Fragebogen Bevölkerungsbefragung

Name:

Adresse/Tel:

1. Sozioökonomischer Status

F1. Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich

F2. Alter _____

F3. Wohnort _____

F5. Familienstand ☐ verheiratet ☐ ledig
☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ sonstiges

F6. Höchster Bildungsabschluss _____

F7. Arbeitstätigkeit ☐ ja ☐ nein

F8. Haushaltseinkommen _____

2. Wohn- und Umfeldsituation

F9. Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt? _____

F10. Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer derzeitigen Wohnsituation?

1 - 5 _____

☐ Wohnen Sie derzeit in

☐ Einer Wohnung

☐ Einem Haus

☐ Gecekondu (illegale Einfamilienhaus auf nicht privaten Grund)

☐ Miete/ ☐ Eigentum

F11. Wie wird ihr/e Haus/Wohnung mit Warmwasser versorgt?

F12. Haben Sie einen Internetanschluss? _____

3. Organisiertheit

F13. Pflegen Sie nachbarschaftliche Beziehungen? Wenn Ja, wie gut sind sie?

1-5 _____

F14. Seit wann leben Sie in Diyarbakir? _____

F15. Wie lange wohnen Sie in ihrer jetzigen Wohnung/Haus? _____

F16. Sind Sie Mitglied eines NGO'-Vereines oder Organisation _____

F17. Wenn ja, dann wie aktiv sind Sie in diesem Verein, Organisation?

F18. Sind Sie Mitglied einer Partei? _____

F19. Wenn Ja, wie aktiv sind Sie in dieser Partei? _____

F20. Kennen Sie die Lokale Agenda 21 Diyarbakir? _____

F21. Wenn ja, was wissen Sie darüber? _____

F22. Welche Instanz für Lösung der Probleme in ihrer Viertel als erste aufgesucht wird?

4. Beteiligung/Vorschläge

F22. Was meinen Sie, wie weit bindet die Gemeinde ihre Mitbürger in Entscheidungsprozesse ein? 0-5

- ☐ 0 wird nicht informiert ☐ 1 wird informiert
- ☐ 2 wird ihre Bedürfnisse und Forderungen beachtet
- ☐ 3 wird ihre Meinung gefragt
- ☐ 4 wird mit Ihnen in Dialog betreten/Verhandelt
- ☐ 5 wird gemeinsam entschieden

F23. Was meinen Sie, soll die Gemeinde ihre Mitbürger in Entscheidungsprozesse einbinden? 0-5

- ☐ 0 nicht Informieren ☐ 1 informieren
- ☐ 2 deren Bedürfnisse und Forderungen achten
- ☐ 3 ihre Meinung fragen
- ☐ 4 mit Ihnen in Dialog treten/ Verhandeln
- ☐ 5 gemeinsam entscheiden

F24. Beteiligungsbereiche:

0-5

Beteiligungsbereiche	nicht Informieren	Informieren	deren Bedürfnisse und For- derungen achten	ihre Meinung fragen	ihre Meinung beachten	gemeinsam entscheiden
Kommunen sollen über ihre gesamte Aktivitäten in der Stadt/ihre BürgerInnen	0	1	2	3	4	5
Kommunen sollen über ihre langfristige strategi- sche Entscheidungen/Pläne /ihre BürgerInnen						
Kommunen sollen über jährliche Aktion/Pläne / ihre BürgerInnen						
Kommunen sollen über ihr jährliches Budget und Ausgaben /ihre BürgerInnen						
Kommunen sollen nur über ihre Arbeit in der Stadtteil /ihre BürgerInnen						
Kommunen sollen über ihre Arbeit in der Stadt die NGO's						
Kommunen sollen über ihre Arbeit in der Stadtteil den Grätzlvertreter (muhtar)						

Anhang II

Tabelle 10: InterviewpartnerInnen Organisierte Gruppen

Organisation	Funktion
Güneydogu Anadolu Bölgesi Belediyeler Birliği	Mitarbeiter im Gemeindeverband Region Südostanatolien
Güneydogu Anadolu Bölgesi Belediyeler Birliği	Direktor im Gemeindeverband Region Südostanatolien
Dicle Universitesi	Dicle Universität Lehrbeauftragter
Egitim-Sen	Egitim Sen – Mitglied (Bildungsgewerkschaft)
Insan Haklari Dernegi	Menschenrechtsverein Vorstandsmitglied
Sarmasik Yoksullukla Mücadele ve Sür. Kal. Dernegi	Sarmasik Verein Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung Projektkoordinator
Il Genel Meclisi	Provinzratsmitglied
Türkiye Grammen Mikrokredi Projesi	Projekt Grameen Mikrokredit Abteilungsleiter
Il Genel Meclisi	Provinzratsmitglied
S.S Umut Isigi Cev. Kltr. Isl. Kadin Kooperatifi	Umut Isigi Frauenverein Vorstandsmitglied
Kayapinar Belediyesi Meclisi	Gemeinderatsmitglied Kayapinar
YG21 Acilik ve Yoksullukla Mücadele Calisma Grubu	Mitglied von LA 21 Arbeitsgruppe gegen Hunger und Armut
Baglar Kadin Kooperatifi	Baglar Frauen Kooperative Vorsitzende
Gelecek Otomotiv Ltd. Sirketi	Firma Gelecek Otomotiv Geschäftsführer
DBB Dis Iliskiler	Diyarbakir Großstadtgemeinde Mitarbeiter
DBB Genel Sekreterlik	Diyarbakir Großstadtgemeinde Assistent des Generalsekretärs
Elektrik Mühendisleri Odasi	Vorsitzende vom Kammer der Elektroingenieure

Dogu Bilimsel ve Kült. Aras. Yay. Ve Dayn. Dernegi	Verein Dogu für wissenschaftl. und kulturelle Forschung - Vorstandsmitglied
Il Genel Meclisi	Provinzratsmitglied
Baglar Belediyesi	Gemeinde Baglar Assistent des Bürgermeisters
Dogu Bilimsel ve Kült. Aras. Yay. Ve Dayn. Dernegi	Verein Dogu für wissenschaftl. und kulturelle Forschung Vorstandsmitglied
YG21 Kadin Meclisi	Mitglied der LA21 Frauenparlament
Kirsal ve Kentsel Kalkinma D.E.Y.H Dernegi	Projektkoordinator Verein D.E.Y.H
Ziraat Mühendisleri Odasi	Kammer der Agraringenieure Vorstandsmitglied
Canlar Otomotiv Firmasi	Canlar Otomotiv Firmeninhaber
YG21 Genel Sekreterligi	LA 21 Assistent des Generalsekretärs
FED- Tutuklu ve Hükümlü Aileleri ile Dayanisma Dernegi	FED – Verein zur Unterstützung der Familien von Gefangenen, Vorstandsmitglied
Mazlum-Der	MAZLUMDER (Menschenrechtsorganisation) Vorsitzende
GAP Girişimci Destekleme Merkezi	GAP/ Zentrum für Förderung der Unternehmer Abteilungskordinator
Sivil Toplum Gelistirme Dernegi	Verein zur Entwicklung der Zivilgesellschaft Vorsitzende
Il Genel Meclisi	Mitglied des Provinzrats
Baglar Belediyesi Meclisi	Mitglied des Gemeinderats Baglar
AECEE- Avrupa Öğrencileri Forumu	Forum der Europäischen Studenten, Vorsitzende von Diyarbakir
Özgür Düşünce ve Egitim Haklari Dernegi	Verein für Freie Meinung und Bildungsrechte Vorsitzende
Diyarbakir Barosu	Rechtsanwaltskammer, Vorsitzende
Diyarbakir Kül. Tabiat Varliklari-ni Kor. Ve Yas. Dernegi	Verein für Naturschutz und kulturellem Erbe von Diyarbakir, Vorsitzende
Türkiye Kalkinma Vakfi	Stiftung für Entwicklung der Türkei Projektkoordinatorin
Organik Tarim Dernegi	Verein für biologische Landwirtschaft, Vorsitzende
Eyubi Petrol Ltd. Sirketi	Firmeninhaber von EYUBI Petrol

Kamer – Kadın Merkezi Danışman Derneği	KAMER, Frauenverein gegen Männergewalt, Mitglied
DBB – İnsan Kaynakları ve Eğitim Şube	Diyarbakir Großstadtgemeinde, Referat Bildungs- und Personalfragen
Göç - Der	GÖC-DER, Verein für Migration, Vorstandsmitglied
YG21 Kadın Meclisi	LA 21 Frauenparlament, Mitglied
Dicle Üniversitesi	Dicle Universität, Assistent des Rektors

